

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement 3.00 Mtl. monatl. 1.50 Mtl. wöchentlich 30 Pf. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.50 Mtl. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mtl., für das übrige Ausland 4 Mtl. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtigungsaussagen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenaussagen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.
 Dienstag, den 22. August 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Staat und die Kartelle.

Der Krieg hat bekanntlich ein weitgehendes Eingreifen der Staatsgewalt in die wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich gebracht. Mit der Festsetzung von Höchstpreisen beginnend, über die Regulierung der Lebensmittelverteilung hinaus, suchte der Staat auch auf die Produktionsverhältnisse einzuwirken und den Bedürfnissen der abnormen Zeit anzupassen. Wer der Form nach urteilt, sieht in dieser Tätigkeit des Staates den Staatssozialismus, die Verwirklichung des Prinzips der „Organisation“ usw. Für manche kommt es ja nur darauf an, daß eine äußere Gewalt in die privatwirtschaftlichen Beziehungen eingreife, um diese Einmischung „Sozialismus“ zu nennen. Umgekehrt kommt es für uns Sozialdemokraten in erster Linie auf das Wesen des Staates an, der es unternimmt, die Produktion zu regulieren. Wir wünschen auch in dieser Hinsicht keinen „aufgeklärten Absolutismus“, sondern die demokratische Selbstverwaltung des Volkes. Wenn wir die Verstaatlichung der Produktionsmittel fordern, so verstehen wir darunter die Uebernahme der Produktion durch die Gesellschaft und ihre auf weitest demokratischer Grundlage organisierte Macht. Dadurch unterscheidet sich der demokratische Sozialismus eben vom Feudal- und Bürokratensozialismus, nach dem schon alles Sozialismus ist, was der Staat macht, wessen Repräsentant der Staat auch sein mag.

Insbefondere ist es der sogenannte „neue Mittelstand“, der, noch im Grunde antidemokratisch, sich aber immerhin auf den Plebs stützen möchte, darum die Fahne des „Sozialismus“ schwankt. In den gewaltigen Riesenunternehmungen des Kapitals fühlt er sich unbehaglich, fast zum einfachen Arbeiter herabgedrückt; er hat darum schon vor dem Kriege die gemischt-wirtschaftliche Unternehmungsform gefordert und tritt jetzt mit Eifer für den „Kriegssozialismus“ in der Hoffnung ein, unter der Staatsverwaltung wiederum zu Ehren zu kommen und vielleicht noch auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu „mahgebenden Personen“ im Staate zu werden oder mindestens zu guten Stellungen in den Kolonien zu gelangen.

Der Imperialismus und „Kriegssozialismus“ sind nur zwei Seiten derselben Erscheinung: beide sind zunächst die Zukunftsideale der sogenannten gebildeten Schicht, die erwünschte Lösung des, wie Professor Delbrück sagt, schwierigsten sozialen Problems der Gegenwart, der Ueberproduktion an freien Berufsarbeitern. Sie liegen aber auch beide im Interesse gewisser Unternehmungsklassen. Denn die Einmischung des Staates beschränkt sich keineswegs darauf, den Handel aus gewissen Funktionen herauszudrängen, sondern hat auch den Zweck, die Grund- und Kartellrente aufrechtzuerhalten.

Nicht nur werden die Höchstpreise so bemessen, daß den Produzenten sehr bedeutende Gewinne bleiben, sondern die Produzentenkartelle werden auch zwangsweise aufrechterhalten. So droht die Regierung mit der Bildung eines Mangankohlenfonds, und es werden vorbereitende Schritte in gleicher Richtung in der Zementindustrie vorgenommen. Ist das im allgemeinen Interesse geboten? Das bestrittet von ihrem Standpunkt aus selbst die „Kölnische Zeitung“. In ihrer Nummer vom 15. Juli schrieb sie u. a. über die heutige „Bureaufkratenswirtschaft“:

„Nichts Wirtschaftliches scheint dem Staate jetzt fremd. Alles soll an sein Gängelband. Landesfürstliche Wohlstandspolizei würde man das vor etwa 150 Jahren genannt haben. Heute ist's vielköpfige Bureaufkratenswirtschaft geworden, die leider nicht immer einheitlich zu arbeiten weiß. Da setzt man Höchstpreise fest, um die Preisbewegung, die ohnehin schon durch die Veränderung unseres Geldumlaufs stark nach oben geht, zu dämpfen, und trifft auf der anderen Seite, wie jetzt in der Zementindustrie, Maßnahmen, die die Preise treiben müssen. Da sucht man den Kapitalmarkt zu schonen, für die Anleihen des Reichs freizumachen und hebt zugleich die Spekulation auf neue Werte los. Da sucht man unwirtschaftlich angelegte Kapitalien unter allen Umständen rentabel zu machen oder zu erhalten und treibt volkswirtschaftlich gesehen, nichts anderes als Kapitalvergeudung. Private Genußsucht hat schnell erkannt, wie die Lage zu nützen ist. Wo Gruppen oder Gruppen willige Bureaufkratenshöfen finden, dürfen sie früher oder später auf eine Bundesratsverordnung hoffen, die ihnen im Namen der Gesamtheit gibt, was ihnen eigentlich verweigert werden müßte. Der Weltlauf um Staatskasse wird immer wilder, und immer üppiger das Wachstum staatlicher Allmacht.“

Soweit die rheinische großkapitalistische Zeitung. Können aber etwa wir in dieser „Verstaatlichung“ von unserem Standpunkte aus einen Fortschritt erblicken? Wenn wir dem Wesen und nicht bloß der Form nach urteilen, keineswegs! Einige Beispiele mögen die Frage beleuchten. Wir sehen im Großbetrieb einen wirtschaftlichen Fortschritt, aber keineswegs in jedem Großbetrieb. Gegenüber dem feudalen Großgrundbesitz war der bäuerliche Besitz sicher eine bessere Wirtschaftsform; ebenso war gegenüber der auf Sklavenarbeit beruhenden Manufaktur der freie Handwerksbetrieb sicher ein Fortschritt. Wir messen eben danach, welche Wirtschaftsform die Entwicklung der Produktivkräfte am besten fördert und betrachten jene Wirtschaftsform als fortgeschrittener, die die Produktivkräfte am weitesten ausgebildet hat.

Die durch den Krieg geförderte Konzentration bedeutet aber noch keineswegs eine höhere Wirtschaftsweise. Die alle-

meine durch den Krieg verursachte Erschöpfung bringt die schwächeren Unternehmungen rascher zur Strecke, hält aber auch den wirtschaftlichen Fortschritt bei den großen Unternehmungen auf.

Noch deutlicher tritt die den wirtschaftlichen Fortschritt hemmende Kriegswirkung in der Frage der Kartellbildung zutage. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß viele Kartelle nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen. Schon vor dem Kriege machte sich ihr schädigender Einfluß in dieser Hinsicht bemerkbar. Die großen Unternehmungen vermochten trotz der Kartellfesseln ihren Betrieb auf der Höhe der modernen Technik zu erhalten, weil sie sich gleichzeitig in der Breite ausdehnten, in naheliegende Produktionsphären durch allerhand Kombinationen übergreifen konnten. Würde der Staat ausschließlich das Interesse der Entwicklung und der Gesamtheit vertreten, so würde seine Einwirkung fördernd sein. Sein Handeln geschieht aber mehr im politischen Interesse sowie im Interesse einzelner Unternehmergruppen. In sehr vielen Fällen geht er wieder nicht so weit, wie es geboten wäre. Ob die Eingriffe aber in allen Fällen einen wirklichen Fortschritt darstellen, wollen wir nicht ohne weiteres behaupten. Ob dann nach dem Kriege gerade der „Staatssozialismus“ erhalten bleibt, der wirklich einen Fortschritt darstellt, wird vom Verhältnis der sozialen Kräfte abhängen, vor allem aber auch von der Einsicht des sozialistischen Proletariats. In dieser Hinsicht ist es wichtig, daß das Proletariat nicht etwa den Imperialismus akzeptiert und aus ihm gewisse Vorteile für sich herauszuholen sucht, sondern in erster Linie den antidemokratischen Geist auf allen Gebieten, in der wirtschaftlichen Organisation, in der inneren Verwaltung wie in der äußeren Politik rücksichtslos bekämpft. Die Vorbedingung für die Verstaatlichung der Produktion muß die Demokratie sein, die allein die Gewähr bietet, daß der Staat seine Macht im Interesse der Gesamtheit, des wirtschaftlichen Fortschritts und der Kultur ausnutzen wird. Andernfalls bedeutet die Verstaatlichung nichts anderes als die Ersäuberung des Aufstieges der Arbeiterklasse und folglich auch einen wesentlichen Rückschritt ins feudale Zeitalter.

Konservative Annäherungsbestrebungen.

In Ergänzung der Äußerungen der „National-liberalen Korrespondenz“, des offiziellen Organs der nationalliberalen Partei, über das Verhältnis der Nationalliberalen und Konservativen in der inneren Politik (s. „Vorwärts“ Nr. 228), seien nachstehend die Äußerungen desselben Organs über die Kriegs- und Friedensziele der Konservativen wiedergegeben, aus denen hervorgeht, daß nicht nur eine völlige Solidarität in diesen Fragen zwischen Konservativen und Nationalliberalen besteht, sondern auch, daß nach Ansicht des nationalliberalen Organs eine Einigung zwischen der Rechten und der Regierung sich anbahnt. Im Anschluß an die Rede Seydebrands in Frankfurt a. M. schreibt das erwähnte Organ (nach der „Magdeburger Zeitung“):

„Man wird diesen Standpunkt des Konservativen Führers in keiner Weise als extrem bezeichnen können, im Gegenteil als besonnen und maßvoll anerkennen müssen. Er berührt sich auch darin mit der wiederholten Stellungnahme der Nationalliberalen Partei, als Herr v. Seydebrand, unter Würdigung der politischen Beweggründe der Regierung für die Einschränkung des U-Bootkrieges, doch auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen läßt, um auf die wirksamste Waffe gegen England mit allem Nachdruck hinzuweisen. In der Frage der äußeren Kriegsziele aber stellt er sich so sehr auf den durch die bekannten Erklärungen des Reichskanzlers gegebenen Boden, daß man für die endgültige Beantwortung dieser Frage auf eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen der Rechten und der Regierung rechnen dürfen. Zwischen den berufsmäßigen Plausmachern freilich, die im Westen am liebsten alles beim unerfreulichen Alten vor dem Kriege liegen, und seiner Auffassung zieht Seydebrand einen deutlichen Trennungsgürtel; die „realen Garantien“ des Kanzlers müssen wirklich real und greifbar sein und nicht bloß in den politischen und technischen Zukunftsträumen eigenbrödlischer Theoretiker existieren. Wenn wir die nötigen Sicherheiten in der Hand halten, daß Belgien nicht wieder zum Einfallstor westlicher Feinde werden kann, brauchen wir es nicht zu annectieren. Aber es müssen eben Sicherheiten und sie müssen in unserer Hand sein. Nicht anders wird es in Polen zu stehen haben, während die baltischen Provinzen wie dem deutschen Herzen, so auch der deutschen Macht enger verbunden bleiben müssen.“

So scheint sich doch allmählich in der Frage der äußeren Kriegsziele zwischen ursprünglich sehr auseinanderlaufenden Auffassungen und Wünschen jene Annäherung anzubahnen, die zu praktischen Ergebnissen führen kann, wie sie auch dem konservativen Führer Fein v. Jedlich vorschwebte, als er ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Friedensauschüsse anregte. Gleichfalls im Anschluß an die Rede Seydebrands mahnt der bekannte parlamentarische Mitarbeiter der „Post“, daß man der Regierung nicht unnötige Schwierigkeiten machen solle. Beherzige man dies einerseits, und andererseits, daß es das gute Recht und unter Umständen vaterländische Pflicht freier Staatsbürger sei, auch eine von der der Regierung abweichende Auffassung mit Nachdruck zu vertreten, so erscheine die Vereinigung aller, die bei gleich starker vaterländischer Gesinnung das gleiche Ziel eines Friedens, der die Gewähr der Dauer in sich schließt, wenn auch zurzeit auf verschiedenen Wegen verfolgen, zu fruchtbarerem Zusammenarbeiten nicht mehr aussichtslos. Der Zusammenschluß dieser einzelnen Richtungen zu einer ein-

heitlichen starken Volksströmung erscheine gerade jetzt besonders wichtig angesichts der sozialdemokratischen Agitation, die, eingeleitet von dem Phantom der Völkerfreundschaft, in Wirklichkeit auf einen Frieden gerichtet sei, bei dem uns in sicherer Aussicht stände, in naher Zeit zur Verteidigung unserer staatlichen Unabhängigkeit, der Unverfehrtheit des Reichsgebietes und unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit das Schwert wieder ziehen zu müssen. —

Danach scheinen Konservative, Nationalliberale und Freikonservative eifrig darauf hinzuwirken, durch kleine, im Grunde rein äußerliche Korrekturen an ihren Kriegszieleforderungen eine „Verständigung“ mit der Regierung herbeizuführen. Freilich würde eine solche Verständigung nicht einmal die berühmte „mittlere Linie“ des Nationalauschusses ergeben, sondern eine weit nach rechts orientierte Kriegspolitik zum Ergebnis haben!

Eine Abweisung der Friedensgesellschaft.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft hatte den Reichskanzler gebeten, ihr die Aussprache über die Kriegs- und Friedensziele freizugeben mit der Begründung, daß auch der Nationalauschuss Redefreiheit genießt. Darauf hat die Ortsgruppe aus der Reichskanzlei folgende Antwort vom Unterstaatssekretär Bahnschaffe erhalten:

„Der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft gestatte ich mir ausragend auf das gef. Schreiben vom 28. Juli dieses Jahres erwidern, daß der Herr Reichskanzler der dortigen Auffassung, daß durch das Auftreten des Deutschen Nationalauschusses die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele verändert sei, nicht beizutreten vermag. Auch dem Deutschen Nationalauschuss gegenüber ist er darauf hingewiesen worden, daß dem Antrag auf Freigabe der Erörterung von Kriegszielen nicht entsprochen werden könne, solange noch auf allen Fronten erbittert gekämpft wird. Demersprechend ist er ferner bedeutet worden, daß die Gestaltung eines die Zukunft des Reiches sichernden und seine Stärke mehrenden Friedens nur in allgemeinem Umrissen, ohne Eingehen auf konkrete Forderungen und ohne polemische Schärfe besprochen werden könne. Die unerläßliche Voraussetzung für eine in dieser Beschränkung zugelassene Behandlung von Kriegszielfragen bleibt ferner, daß die Erörterung vom Geiste entschlossener Durchhaltung nach außen und innen getragen ist. Ebenso ist für die Veröffentlichung von Berichten über den Verlauf der Versammlungen und die Wiedergabe etwa gefaßter Resolutionen in der Presse Voraussetzung, daß darin nichts enthalten ist, was die innere Geschlossenheit unseres Volkes tödnen, den Widerstand unserer Feinde anfeuern oder ihre Hoffnungen auf ein Nachlassen unserer Kräfte stärken könnte. Diese Richtlinien besitzen gleiche Geltung für die Veranstaltungen aller Organisationen und Parteien.“

Die Prüfung und Entscheidung im Einzelfalle ist Sache der Behörden, die die Verantwortung für den Verlauf derartiger Veranstaltungen zu tragen haben.“

Das letzte Seegefecht in der Nordsee.

London, 21. August. (W. T. V.) Neuntermeldung. Antlicher Bericht der Admiralität: Am 19. August entwickelte der Feind in der Nordsee beträchtliche Tätigkeit. Die deutsche Hochseeflotte kam heraus, kehrte aber, als sie erfuhr, daß die Stärke der britischen Streitkräfte ansehnlich war, ein Gefecht vermeidend, in den Hafen zurück. Auf der Suche nach dem Feind verloren wir zwei leichte Kreuzer durch einen U-Boot-Angriff, und zwar die „Nottingham“ und die „Palmouth“; alle Offiziere der „Nottingham“ wurden getötet, achtunddreißig Mann der Besatzung werden vermißt. Alle Offiziere und Mannschaften der „Palmouth“ mit Ausnahme eines Gelzers, der an Verwundungen starb, wurden getötet. Ein feindliches U-Boot wurde zerstört, ein anderes wurde gerammt und ist möglicherweise gesunken. Die deutsche Behauptung, daß ein britischer Zerstörer und ein britisches Schlachtschiff beschädigt wurden, ist un wahr.

Antlich. Berlin, 21. August. (W. T. V.) Die im amtlichen Bericht der englischen Admiralität vom 21. August gemachte Behauptung, daß eines unserer U-Boote gerammt worden sei, trifft zu. Das Boot ist, nachdem es einen geschleppten englischen kleinen Kreuzer der „Chatham“-Klasse vernichtet hatte, bei dem Versuch eines englischen Zerstörers, es zu rammen, leicht beschädigt worden und wohlbehalten in den Hafen zurückgekehrt. Zu der englischen Behauptung, daß ein zweites deutsches U-Boot vernichtet worden sei, kann erst Stellung genommen werden, wenn alle U-Bootmeldungen eingegangen sind. Gegenüber den englischen Ablehnungsversuchen, daß ein englischer Zerstörer vernichtet und ein englisches Schlachtschiff beschädigt worden seien, wird auf den amtlichen deutschen Bericht vom 20. August Bezug genommen, der in allen Teilen aufrecht erhalten wird. Das im Bericht der britischen Admiralität angegebene angebliche Zurückweichen der deutschen Hochseeflotte vor nirgends in die Erscheinung getretenen britischen Hochseeflotillen ist ein Phantasiegebilde.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 20. August abends. (W. T. V.) Hauptquartiersbericht.
 An der Front und in Persien ist die Lage unverändert.
 An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel Vorpolicentämpfe. Der Feind, der nördlich vom Engpaß von Buglan unsere vorgeschobenen Stellungen angriff, wurde vertrieben. Wir machten bei dieser Gelegenheit einige Gefangene

und zerstörte durch unser Feuer eine feindliche gedeckt stehende Batterie. Im Zentrum und auf dem linken Flügel unbedeutende örtliche Feuergefechte. Einer unserer Flieger griff im Schwarzen Meer zwei russische Torpedoboote an und warf erfolgreich Bomben auf sie. Wir stellten fest, daß auf Deck der Schiffe durch die Bomben Rauchwolken hervorgerufen wurden.

Am 17. August landeten acht feindliche Schiffe, die in die nördlich und südlich der Insel Smy gelegenen Buchten einfuhren, von einem Transportschiff und von Segelschiffen, die sie begleiteten, 300 Männer, unter denen sich auch Soldaten befanden. Diese wurden von unseren Abteilungen angegriffen. Nach dreistündigem Gefecht zog sich der Feind nach einem Verlust von 50 Mann zu seinen Barken zurück und ergriff die Flucht. Am 18. August wurde ein englisches Schiff in der Gegend des Golfes von Alexandrette versenkt. 18 Mann der Besatzung, darunter der Kommandant und vier Offiziere wurden von uns gerettet und zu Gefangenen gemacht.

In Ägypten und an den übrigen Punkten ist die Lage unverändert.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 21. August. (W. Z. V.) Generalstabsbericht vom 20. August. Infolge der während der letzten Tage von den Truppen des Verbundes im Vardar-Tale unternommenen militärischen Operationen, die sich auch östlich der Struma nördlich vom Lachino-See ausdehnten, begann unser linker Flügel am 18. August die allgemeine Offensive. Die im Struma-Tal vorrückenden Truppen besetzten die Stadt Demirhisar und warfen nach einem Kampfe, der sich in der Gegend der Stadt Serres abspielte, die Engländer und Franzosen auf das rechte Ufer der Struma zurück und besetzten das linke Ufer des Flusses zwischen dem Butkoma- und Lachino-See. Die zwischen der Struma und der Nista operierenden Abteilungen rüden nach den ihnen erteilten Befehlen vor. Im Vardar-Tale greifen die englisch-französischen Truppen ohne Erfolg seit zehn Tagen unsere vorgeschobenen Stellungen südlich und südwestlich der Stadt Dojran an, wobei sie große Verluste erleiden, die ihnen unser Infanterie- und Artilleriefeuer zufügt. Die Truppen unseres rechten Flügels setzen nach ihrem Siege über die Serben bei Florina (Perine) die Ausführung ihres Planes mit vollem Erfolge für uns fort. Gestern besetzten wir die Stationen Vanija und Eschisu an der Eisenbahn Saloniki-Florina und stellten die Eisenbahnverbindung mit der Stadt Bitolia (Monastir) wieder her. Südlich vom Prespa-See besetzten wir die Dörfer Vezda Siglischtsa und Vresniza und unterbrachen auf diese Weise endgültig die Verbindungen zwischen Gortscha und Florina sowie zwischen Gortsch und Kostur Kastoria.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 20. August nachmittags. (W. Z. V.) An der Somme war die Nacht ruhig. Auf dem rechten Maasufer behandelten die Deutschen während der Nacht eine lebhaft tätige. Nach einer kräftigen mehrstündigen Beschichtung versuchten sie mehrmals Fleury wiederzunehmen. Alle Angriffe, darunter einer von äußerster Heftigkeit, brachen in Feuer zusammen. Die Deutschen erlitten erhebliche Verluste und ließen Gefangene in den Händen der Franzosen. Ein anderer deutscher Angriff nordwestlich des Werles von Thiamont wurde nach bedeutenden Verlusten durch Sperrfeuer angehalten. In Voehringen wurde ein deutscher Handfleck auf einen der kleinen Hügel von Vohs (?) leicht zurückgeschlagen.

Vom 20. August abends. (W. Z. V.) Nördlich der Somme bemächtigten sich unsere Truppen eines vom Feinde stark eingerichteten Gehölzes zwischen Guillemont und Maurepas; bedeutendes Material blieb in unseren Besitz. Unsere Batterien zeigten sich an der gesamten Somme-Front sehr tätig. Sonst allenthalben zeitweise heftiges Artilleriefeuer außer im Abschnitt von Fleury, wo der Feind dieses Dorf heftig bombardierte.

Belgischer Bericht. Im Laufe des Nachmittags des 20. August spielten sich heftige Artilleriekämpfe nördlich von Dignam ab. Saloniki vom 19. August. (W. Z. V.) Ostlich von Kavala überführten die Bulgaren den Westflügel mit schwachen Kräften und trieben Patrouillen in Richtung auf Kavala vor. In der Gegend der Struma besetzte der Feind die Festung Visa und Starosta. Auf dem linken Ufer rüdten Abteilungen in der Nähe des Flusses vor. Westlich der Struma wurden bulgarische Angriffe auf Pomi und Ratinla durch Feuer angehalten. In der Nähe des Dojran-Sees schlugen englische Truppen einen bulgarischen Angriff auf Dohzeli ab. Auf dem westlichen Ufer des Vardar war die Beschießung hauptsächlich in der Gegend von Nejadag lebhaft. In der Gegend südlich von Monastir dauert der Kampf an den Zugängen von Vanica zwischen Abteilungen serbischer Vorhuten und bulgarischen Kräften, die aus Florina vorbrachen, an.

Die englische Meldung.

Vom 20. August. (W. Z. V.) In der letzten Nacht Handgranatenkämpfe an verschiedenen Stellen zwischen Ancre und Somme. Der Feind machte jedoch keinen ernstlichen Versuch, das Gelände wiederzugewinnen, das wir am Freitag erobert hatten.

London, 21. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des Generalstabes: Sonntag mittag unternahm der Feind einen heftigen Angriff gegen die neue Linie, die wir ungefähr eine halbe Meile breit an der westlichen Ecke des Hochwaldes (Highwood) besetzt haben. Es gelang ihm, diese Linie an gewissen Punkten zu erreichen, er wurde aber von unserer Infanterie, die den Schützengräben sofort zurückübersteuerte, wieder daraus vertrieben. Darauf folgende feindliche Angriffe brachen unter unserem Artilleriefeuer zusammen. Nördlich von Bagin-Be Petit eroberten wir heute wieder einen Teil der feindlichen Schützengräben. Der Feind beschoß verschiedene Stellen unserer Front, besonders beim Hochwald, bei Hamel und bei Mailly (oder an den Wäldern bei Hameln und bei Mailly). Sonst ist nichts von Bedeutung zu melden. Trotz der tiefhängenden Wölken verrichteten unsere Flugzeuge gestern sehr nützliche Arbeit, indem sie die Verbindung mit der vorgeschobenen Infanterie aufrecht erhielten. Einmal ging tief herab und eröffnete ein sehr wirksames Maschinengewehrfeuer auf die feindliche Infanterie, die Schützengräben der ersten Linie und die Verstärkungen des Feindes.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 20. August nachmittags. (W. Z. V.) Westfront: In der Gegend westlich vom Nobel-See wiesen wir Angriffe der Deutschen mit schweren Verlusten für diese zurück. Am Stochod bemächtigten sich unsere Truppen in der Gegend des Dorfes Rudka-Gerwische des Hofes Gerwische und mehrerer Anhöhen. Ein heftiger Kampf entbrannte um den Besitz des Dorfes Tobol, das ost den Besitz wechselte und schließlich in unserer Gewalt blieb. Donkofalen griffen den Feind an und säbelten mehr als 200 Oesterreicher nieder. In dieser Gegend nahmen wir 6 Offiziere und mehr als 600 Soldaten gefangen und erbeuteten 15 Maschinengewehre, 2 Minenwerfer, 1 Scheinwerfer und 5 Telephonapparate. In der Richtung Nordwestwärts trieben unsere Truppen den Feind von den Höhen westlich von Nablontica-Boronenka und bemächtigten sich dieser Höhen. Am Vialy-Geremosa trieben unsere Truppen den Gegner in der Gegend von Delhopol zurück und rüdten in

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 21. August 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme sind mehrfache zusammenhanglose, aber kräftige feindliche Infanterieangriffe aus Divillers und Pozieres, westlich des Fourcaux-Waldes und an der Straße Cléry-Maricourt, sowie Handgranatenangriffe bei Maurepas abgewiesen.

Nächst der Maas wurde der zum Angriff bereitgestellte Gegner nordwestlich des Werles Thiamont in seinen Gräben durch Artilleriefeuer niedergehalten, am Werke selbst und bei Fleury wurden starke Handgranatentruppen durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zusammengebrochen.

Zahlreiche Unternehmungen feindlicher Erkundungsabteilungen blieben ergebnislos, deutsche Patrouillenvorstöße sind nordöstlich von Vermelles, bei Festabert und bei Embermentil gelungen.

In den Argonnen beiderseits lebhafter Minenkampf. Auf der Combrès-Höhe zerstörten wir durch Sprengung die feindliche Stellung in erheblicher Ausdehnung.

Vor Ostende wurde ein englisches Wasserflugzeug abgeschossen. Aus Luftkampf stürzte ein englischer Doppeldecker südöstlich von Arras ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Am Stochod sind russische Angriffe südwestlich von Lubieszow gescheitert, mehrfache mit erheblichen Kräften unternommene Versuche des Feindes, seine Stellungen auf dem westlichen Ufer bei Rudka-Gerwische zu erweitern, unter großen Verlusten für ihn abgewiesen. Zwischen Zareze und Smolary nahmen wir bei erfolgreichen kurzen Vorstößen 2 Offiziere und 107 Mann gefangen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpaten ist der Höhenzug Stepanki (westlich des Czarny-Geremosa-Tales) von uns genommen; hier und auf der Kreta-Höhe sind russische Gegenangriffe abgewiesen. Bei der Erstürmung der Kreta am 19. August fielen 2 Offiziere, 188 Mann und 5 Maschinengewehre in unsere Hand.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südlich und südöstlich von Florina sind der Berg Bic und der Malarca-Kamm gewonnen, östlich von Vanica die serbischen Stellungen auf der Massa Ridze-Planina gestürmt. Alle Anstrengungen des Feindes, den Dzemaat Jeri zurückzuerobern, blieben ergebnislos. Bei Humnica wurde ein schwächerer feindlicher Vorstoß zurückgeschlagen. Südwestlich des Dojran-Sees lebhaftes Artilleriekampf.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 21. August 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Westlich von Wolawa in der Bukowina und auf den Höhen südöstlich und südwestlich von Zabie, bei deren Eroberung zwei Offiziere, 188 Mann und fünf Maschinengewehre eingebracht worden sind, macht der Gegner vergebliche Anstrengungen, verlorenes Gelände zurückzugewinnen. Beiderseits des Tarnarenpasses wahren die Kämpfe fort; die Lage blieb unverändert. An der Eisenbahn südlich von Zielona wurde eine feindliche Abteilung geworfen. An der Bistrizza Solotwinoka und nördlich des Dnjester verlief der Tag ruhig.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Bei Smolary und südlich von Stobyschwa kleinere Unternehmungen von Erfolg.

Bei Rudka-Gerwische brachen alle Versuche der Russen, ihre Stellungen auf dem westlichen Stochodus zu erweitern, unter schweren Feindverlusten zusammen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Seefzer, Feldmarschalleutnant.

der Richtung auf Fereskul vor. In der Richtung Kirlibaba nördlich von Kirlibaba griff der Feind von uns besetzte Höhen an, wurde aber zurückgeworfen.

Kaukasusfront. In der Richtung auf Diarbek dauern die Kämpfe an. Unsere tapferen Truppen erstickten die hohe, wenig zugängliche Bergkette westlich vom Rastis Döngel Dag. Westlich vom See Kozhghel trieben Abteilungen von uns die Türken aus dem Engpaß beim Dorf Kadylsch und machten auf der Verfolgung des Feindes Befangene. Südwestlich vom Urmia-See werden in der Gegend von Widnuje Kämpfe geliefert.

Vom 20. August abends. (W. Z. V.) An der Westfront und an der Kaukasusfront ist die Lage unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 20. August. Im Aostaltale wurde die Tätigkeit der feindlichen Artillerie durch die unsere kräftig bekämpft. Auf der Hochfläche von Schleggen schlugen wir keine gegnerische Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem rechten Ufer der Aisa südlich von Castelletto und auf den Abhängen des Monte Jebio ab. An der Monafont hundert Regen und Nebel gestern die Artillerietätigkeit. Im Abschnitt von Blama schlugen wir gestern einen feindlichen Angriff in der Umgegend von Globna zurück und machten einige Gefangene.

Vom U-Boot-Krieg.

Osag, 21. August. (W. Z. V.) In Scheveningen sind heute auf einem Fischerfahrzeug der Kapitän und die Besatzung des norwegischen Schoners „Rufus“ aus Stavanger angekommen, der mit einer Ladung Holz auf dem Wege von Frederikshald nach Sunderland am Sonntag, den 12. August, durch ein deutsches Tauchboot in der Nordsee in Brand gesetzt worden ist.

Kanadische Marinetruppe für die englische Flotte.

London, 19. August. (W. Z. V.) „Morning Post“ meldet aus Ottawa vom 18.: Kanada ließ eine kanadische Marinetruppe für den Ueberseeskrieg bilden, die besonders aus Leuten bestehen soll, die in der englischen Flotte dienen wollen. Kanada wird diese Leute nach den kanadischen Lohnsätzen bezahlen.

Steigende Lebensmittelpreise in England.

London, 19. August. (W. Z. V.) Unter den Arbeitern herrscht, wie die „Times“ schreibt, eine wachsende Unruhe wegen der ständig steigenden Preise der wichtigsten Bedürfnisse, namentlich der Lebensmittel. Die Frage wird im Unterhaus noch vor der Vertagung zur Sprache kommen. Ein Eingreifen des Staates ist wiederholt gefordert worden. Der Gewerkschaftskongress, der am 4. September in Birmingham zusammentritt, wird sich voraussichtlich für diese Forderung einsetzen.

Die Verteidigung des Freihandels.

Im „Economist“ vom 12. August tritt im Anschluß an die Ausführungen eines Außenabkömmlichen Benn Zagreen Grahm White in einem Briefe für eine energische Vertagung zugunsten des Freihandels ein. Wenn die früher auf diesem Gebiete so tätigen Organisationen nichts leisteten, so sei die Gründung eines „Bundes der offenen Tür“ sofort nötig. Niemand seien die Gründe für Freihandel so unwiderleglich gewesen wie jetzt, und wenn die Kriegsverluste ausgeglichen und der stark vergrößerten Wettbewerbskraft der Vereinigten Staaten das Gleichgewicht gehalten werden solle — die wahrscheinlich viel fürchtbarer sein werde als die des bankrotten Deutschlands —, dann sei die Aufrechterhaltung des Freihandels eine unumgängliche Notwendigkeit: für alle, deren Existenz nicht durch Vorurteile und Leidenschaften infolge des Krieges gebildet ist, ist die Aufrechterhaltung des Systems, das uns ermöglicht hat, den Krieg durchzuführen und die Heere unserer weniger glücklichen Verbündeten im Felde zu erhalten ein Ziel, das an Bedeutung nur dem Gewinnen des Krieges nachsteht.

Belgien und Wirtschaftskrieg.

Manchester, 17. August. (W. Z. V.) Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet: Bei der ganzen Erörterung des Wirtschaftskrieges nach dem Frieden hat man Belgien vergessen. Hier lebende Belgier betonen, daß, wenn Deutschland nach dem Kriege mit einer „ehernen Mauer“ umgeben würde, die belgische Industrie und der Hafen von Antwerpen sehr darunter leiden würden. Die Belgier werden dadurch beunruhigt, daß der deutsche Handel dann nach Holland abgelenkt werden würde, eine Gefahr, die den Belgiern seit Generationen vor Augen steht. Unter den hiesigen Belgiern herrschen verschiedene Ansichten. Die einen hoffen zuversichtlich, daß Belgien ungeschwächt durch eine schwere Kriegsschuld aus dem Kriege hervorgehen und sich für den Verlust des deutschen Handels entschädigen wird, indem es sich den Hauptanteil an dem Wiederaufbau des verwüsteten Nordfrankreichs sichert und außerdem einen großen Teil der britischen und französischen Ausfuhr an Fabrikaten gewinnen wird. Andere verlangen, daß Deutschland in dem Friedensvertrage gezwungen wird, einen bestimmten Zinsenbeitrag oder einen gewissen Prozentsatz seiner Ausfuhr über Antwerpen zu senden. Wieder andere sind der Meinung, daß Belgien für eine Reihe von Jahren Wachen und das Land bis an den Rhein okkupieren müsse, um Antwerpen über den Uebergangszustand hinwegzuführen; denn wenn einmal der Verkehr nach Antwerpen gelangt sei, würde er auch nach der Offensivzeit diesen Weg beibehalten. Andere Belgier erwarten als Entschädigung die Angliederung von Luxemburg und deutschen Gebieten in der Nachbarschaft von Lüttich. Jedenfalls stimmen alle Belgier darin überein, daß Belgien eine Entschädigung brauche, wenn auf den Krieg eine Handelsblockade Deutschlands im Frieden folgen soll.

Gründliche Nachmusterung der französischen Zurückgestellten.

Bern, 19. August. (W. Z. V.) Die „Petit Journal“ zu wissen glaubt, wird gegenwärtig im Kriegsministerium ein Entwurf vorbereitet, wonach alle seither Befreiten oder Zurückgestellten sich neuerdings untersuchen lassen müssen, falls dies seit der Verlagerung des Gefeches Dalbez nicht bereits erfolgt sei. Nach den Ausführungen des Dalbez müßten sich alle vor Kriegsausbruch Zurückgestellten und alle, die Ende 1914 oder Anfang 1915 von der Prüfungskommission untersucht worden waren, neu stellen. Dazu müßte aber die Kammer ein neues Gesetz genehmigen. Auch „Petit Parisien“ meint, die Maßnahme könnte nur durch ein Gesetz verwirklicht werden. Ein derartiger Schritt könne aber bis heute nicht in Frage kommen, da eine neue Maßnahme nur ganz geringe Bestände ergeben könnte. Es sei nicht wahrscheinlich, daß der Kriegsminister diesen Schritt tun werde, durch den nur die Anzahl der Soldaten, die in den Spitälern verpflegt werden müßten, zum Nachteil des wirtschaftlichen Lebens Frankreichs vergrößert würde.

Bern, 21. August. (W. Z. V.) „Matin“ ist zu der Mitteilung ermächtigt, daß die Nachricht von einer eventuellen neuen Untersuchung Zurückgestellter verfrüht sei. Tatsächlich sei die Kommission im Kriegsministerium zum Studium der Frage ernannt, gewisse Zurückgestellte der Nummer 2 auf ihre Kriegswunden hin zu prüfen, um die ihnen zustehenden Pensionen und Gebühren festzustellen.

Die Einziehung der unbebauten Ländereien in Italien.

Eine brennende volkswirtschaftliche Frage beschäftigt augenblicklich die italienische Öffentlichkeit: die Einziehung und der Anbau der brachliegenden, unbebauten Ackerflächen. Dieses Problem gab neuerdings laut dem „Avanti“ vom 7. August den Anlaß zu einer großen Versammlung im hohen des Teatro Argenti in Rom, die unter Beteiligung zahlreicher Verbände sowie mehrerer Senatoren und Deputierten von statten ging. Von bedeutenden sozialen und politischen Organisationen waren die Allgemeine Arbeiterkonföderation, die Partei der reformistischen Sozialisten, das Arbeitsamt von Rom, die landwirtschaftlichen Hochschulen usw. durch Abgeordnete vertreten. Nachdem mehrere Redner gesprochen hatten und nach einer lebhaften Diskussion wurde einstimmig folgende Tagesordnung angenommen: Die oben genannten Organisationen, die sich in Rom versammelt haben, um die Frage der Einziehung der unbebauten Ländereien zu diskutieren, fordern die Regierung auf, nachdem sie die Stimmen der interessierten Kreise gehört, eine gesetzliche Verfügung über die Einziehung der unbebauten Ackerflächen sowie ihre Verteilung unter die Bevölkerung zu erlassen, die sie zwecks Bebauung für sich beansprucht; ferner wird die Regierung ersucht, schleunigst Maßnahmen anzuordnen, durch die die Ermittlungsarbeiten gegen Bauern, welche im Besitz von Ländereien sind, die sonst zu Weideweidern bestimmt waren, aufgehoben werden.

Eine von der Versammlung gewählte Kommission wurde beauftragt, diese Entschlüsse der Regierung zu unterbreiten.

Aus dem nordamerikanischen Senat.

Washington, 17. August. (Zuspruch vom Vertreter des W. Z. V.) Senator Thomas hat einen Zusatzantrag zum Schiffsahrtsgesetz eingebracht, der das Schahamt ermächtigt,

Das tägliche Brot.

Wild und Geflügel außerhalb der Reichsflächkarte.

Nachdem der Bundesrat in seiner letzten Vollversammlung die gefälligen Grundlagen für die Einführung einer Reichsflächkarte geschaffen hat, steht nunmehr die Veröffentlichung der vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ausgearbeiteten Verordnung unmittelbar bevor. Wie verlautet, hat man entgegen der ursprünglichen Absicht davon abgesehen, den Verkehr mit Wild und Geflügel in die Reichsflächkarte einzubeziehen. — Wenn letzteres zutrifft, muß mit aller Entschiedenheit gegen diese Maßnahme protestiert werden. Es wird dadurch der Anschein erweckt, als solle den zahlungsfähigen Konsumenten der notwendige Verzehr auf Fleisch erleichtert werden. In der Bevölkerung herrscht aber die Meinung, daß bei der Einschränkung im Fleischgenuss — und Wild und Geflügel sind doch auch Fleisch — kein Unterschied zwischen arm und reich gemacht werden dürfe. Praktisch läuft aber die Ausrückung von Wild und Geflügel bei der Reichsflächkarte darauf hinaus, daß sich die besser situierten Kreise anstelle des fehlenden Fleisches außer mit teuren Fischsorten und anderen nahrhaften, aber teuren Lebensmitteln auch noch mit Wildfleisch und Geflügel behelfen können. Für die ärmere Bevölkerung kommen diese Lebensmittel wegen ihrer hohen Preise jedoch nicht in Betracht.

Mehr Futter als Vieh!

Die Preise für Futtermittel und Vieh werden von den Landwirten zu einem für sie recht erträglichen, für die Bevölkerung aber immer unbilliger werdenden Kreiselpunkt demut; erst heißt es, die Futtermittel sind knapp, weil die Preise nicht hoch genug sind, um die Produktionskosten zu decken. Sind dann aber die Preise für Futtermittel glücklich in die Höhe getrieben, dann müssen „natürlich“ die Viehpreise erhöht werden, und sind die Viehpreise gestiegen, so verlangt der Produzent von Futtermitteln, daß deren Preise wieder erhöht werden, denn bei den hohen Viehpreisen mache sich das ja bezahlt, und warum solle gerade er Schaden leiden! Und so fort — wie wir dies seit Kriegsausbruch immer wieder erleben mußten. Nun muß aber jetzt das Kriegsernährungsamt davor warnen, die Preise auf dem Rindviehmarkt nicht noch höher zu treiben, wie dies jetzt geschieht, weil Raster und Inhaber großer Heuvorräte sich durch Zahlung übermäßiger Preise in den Besitz des nach Friedensgewohnheit für den Winter erforderlichen Viehs zu setzen.“ Das Kriegsernährungsamt stellt in Aussicht, daß es diese übertriebenen Preise bei der künftigen Regelung der Verkaufspreise nicht berücksichtigen werde. Wir wollen uns dieses Versprechen merken und zur gegebenen Zeit das R.E.A. daran wieder erinnern — falls es etwa seine guten Vorsätze vergessen haben sollte.

In seiner Warnung weist das R.E.A. aber auch darauf hin, daß infolge des Rückganges der Rinderzahl „manche Ställe zum Winter ungenügend besetzt bleiben und daß deren Inhaber ihre Futtermittelverwertung und Stallmistherzeugung nicht in der gewünschten Art fördern können.“

Das heißt also, wie die „Deutsche Tageszeitung“ richtig herauskriecht, daß es jetzt mehr Futter als Vieh gibt. Aber sie hütet sich selbsterklärend, daraus die erforderliche Schlussfolgerung zu ziehen, daß nun auch, entsprechend dem stets von der „D.Z.“ vertretenen Standpunkt, bei gesteigertem Angebot ein Sinken der Preise erfolgen müsse! Gibt es mehr Futter als Vieh, ja dann ist es doch höchste Zeit, den Preis für das Futter herabzusetzen und dadurch die Viehzüchter, welche Futter kaufen müssen, in die Lage zu bringen, reichlicher wie bisher füttern zu können und dadurch das für die Volksernährung wertvolle Mastvieh zu züchten. Die Preise für Vieh und infolgedessen für Fleisch sind ja jetzt so hoch, daß große Massen der Bevölkerung nicht einmal die geringe Menge Fleisch sich kaufen können, die ihr durch die Fleischkarten zugeteilt wird. Das Kriegsernährungsamt wird also hoffentlich bald die Konsequenzen von den großen Erträgen der Futtermittelerteile ziehen und die Preise für Futtermittel und für Vieh herabsetzen!

Die Verteuerung und Verschlechterung der Lebenshaltung.

In voriger Woche hatten wir eine Berechnung veröffentlicht, welche an der Hand der Erhebungen von Brügel über die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin zeigte, daß sich die Ausgaben einer vierköpfigen Familie (Mann, Frau und 2 Kinder gleich 8 Erwachsenen) von 614 M. im Jahre 1881 auf jetzt 1820 M. erhöht haben, also um 98 Proz. verteuert wurden, wenn es der Familie möglich wäre, jetzt noch dieselben Mengen Lebensmittel zu erhalten, die sie 1881 kaufen konnte. Da aber durch die Rationalisierung der Verbrauch bedeutend eingeschränkt ist, kommen täglich auf den Kopf des Erwachsenen statt 170 Gramm Eiweiß, 47 Gramm Fett und 400 Gramm Kohlehydrate (Weiß und Zucker) nur 50 Gramm Eiweiß, 21 Gramm Fett und 280 Gramm Weizenmehl oder Zucker, es ist mithin die schon im Frieden viel zu geringe Rohstoffmenge jetzt bedeutend zurückgegangen, und zwar von 2900 Wärmeinheiten auf 1500, also um 35 Proz., während der normale Verbrauch 3000 sein soll, so daß der jetzige Verbrauch nur die Hälfte des normalen ist!

Zu gleichem Ergebnis kommt jetzt eine Erhebung, die der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen in zehn deutschen Städten veranstaltet hat, und zwar in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Hannover, Karlsruhe, Münster i. W., Offenbach, W. Gladbach, Konstanz und Reut. Er vergleicht seine Ergebnisse mit denen, die das Kaiserliche Statistische Amt 1908 feststellte, und findet eine Erhöhung der monatlichen Ausgaben um 47 Proz. beim Brot, 238 Proz. bei Kartoffeln, 68 Proz. bei Fett, Butter, Margarine, 29 Proz. bei Fleisch, 300 Proz. bei Fisch, 249 Proz. bei Eiern, 25 Proz. bei Milch, 227 Proz. bei Käse und 180 Proz. bei Kaffee und Kaffee-Ertrag. Gleichzeitig aber war, trotz der so höchsten Ausgaben, der Verbrauch geringer, und zwar um 35 Proz. bei Brot, 47 Proz. bei Butter, Margarine und Fett, 56 Proz. bei Fleisch, 19 Proz. bei Eiern, 30 Proz. bei Käse, 85 Proz. bei Kaffee und Kaffee-Ertrag, und nur bei Kartoffeln war der Verbrauch um 50 Proz. gestiegen! Das heißt aber, daß die an Nährstoffen, besonders an Eiweiß reicheren Nahrungsmittel ersetzt werden mußten durch die eiweißarme Kartoffel und daß trotz des in Menge und Beschaffenheit so erheblich verminderten Verbrauchs bedeutende Mehrausgaben entstanden soweit sie von den Massen der Bevölkerung noch aufgebracht werden können.

Letzte Nachrichten.

Griechenland und die Kämpfe in Mazedonien.

Athen, 20. August. (B. T. B.) (Weldung des Reuterschen Bureau.) Der bulgarische Gesandte Pasharow teilte heute Jaimis mit, daß die bulgarische Offensive mit der Besetzung mehrerer strategischer Punkte auf griechischem Gebiet begonnen habe. Jaimis war am Nachmittag im Tatoi-Palast beim König.

Athen, 20. August. (B. T. B.) (Weldung des Reuterschen Bureau.) Die Gesandten Elliot und Guillemin richteten an Jaimis heute die Frage, welche Schritte die Regierung voransetzt der Tatsache, daß die Bevölkerung in Mazedonien vor den Bulgaren in alle Richtungen flücht.

jedem Schiffe in amerikanischen Häfen die Ausklarierung zu verweigern, dessen Führer oder Eigentümer sich aus irgendeinem anderen Grunde, als wegen Raummangels weigert, Frachten anzunehmen. Senator Thomas führte dazu aus, daß er mit diesem Antrag die britische schwarze Liste zu treffen beabsichtige.

Im Senat verlangte Senator Jones bei Besprechung des Schiffahrtsgesetzes eine Aufhebung der Verträge, um die Wiedereinführung von unterschiedlichen Zöllen zu ermöglichen als Mittel, eine amerikanische Handelsflotte zu schaffen und England in dem entgegenzutreten, was er einen Handelskrieg nannte, der ebenso scharf gegen die Vereinigten Staaten geführt würde, wie gegen irgendeinen Feind. Jones erklärte: Englands Vorgehen bei der Zurückhaltung von Post, der Ausführung amerikanischer Firmen auf der schwarzen Liste und der Einschränkung des neutralen Handels sei ein wesentlicher Bestandteil des Krieges als Mittel zur Verwirklichung des Weltbundes.

Die demokratischen Mitglieder des Finanzausschusses des Senates haben sich auf eine Steuer von 10 vom Hundert für die Fabrikanten von Kriegsmunition geeinigt anstelle der im Einkommensteuergesetz des Repräsentantenhauses vorgeschlagenen Munitionsteuer. Diese würde 72 Millionen Dollar einbringen, während die Abänderung des Senates nur 45 Millionen ergeben würde.

Kleine Kriegsnachrichten.

„Daily Telegraph“ erfährt aus Johannesburg, daß Botha an die Rekrutierungskommission ein Schreiben richtete, in dem er sie auffordert, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, damit die Truppen des Generals Smuts in voller Stärke erhalten werden können und der Feldzug in Ostafrika nicht unnötig verlangsamt werde. Außerdem wünsche die Reichsregierung das südafrikanische Ueberseskontingent zu verharren. Botha beabsichtigt, persönlich an die Bevölkerung zu appellieren.

„Independence Roumaine“ meldet: Die rumänische Regierung erteilt ein Ausfuhrverbot für die Hafer- und Gerstenernte.

Politische Uebersicht.

Ein angeblicher Aufruf des Parteivorstandes.

Das Pressebureau teilt unter dieser Ueberschrift mit:

In der bürgerlichen Presse wird ein angeblicher Aufruf des Parteivorstandes wiedergegeben, der zusammen mit der Friedenspetition des Parteivorstandes herausgegeben sein soll. Der „Vorwärts“ übernimmt diesen Aufruf in seiner Nummer vom 20. August aus der „Berliner Volkszeitung“.

Der betreffende Aufruf ist nicht vom Parteivorstand herausgegeben, sondern er wurde von der Redaktion der „Frankfurter Volksstimme“ am 17. August veröffentlicht. Der Parteivorstand hat nur den am 11. August im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf über die Kriegs- und Friedensziele der Sozialdemokratie und über die Friedenspetition herausgegeben.

Keine Verlängerung der Landsturmpflicht.

Berlin, 21. August. (B. T. B.) Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist eine Verlängerung der Landsturmpflicht nicht beabsichtigt, wenn die Verhältnisse sich nicht von Grund aus ändern sollten. Im Gegenteil ist die Militärverwaltung bestrebt, die eingezogenen Landsturmpflichtigen der ältesten Jahrgänge nach Möglichkeit ihrem Zivilberuf wiederzugeben.

Eine nationalliberale Kriegszielkundgebung.

Am 18. August tagte im Großen Börsensaal unter Vorsitz des Geheimen Justizrates Ludewig eine geschlossene Mitgliederversammlung des Nationalliberalen Vereins und des Nationalliberalen Volksvereins, in welcher der Reichstagsabgeordnete Vasser mann in 1½stündiger Rede einen umfassenden Ueberblick über die politische und militärische Lage gab. Die Stimmung der Versammlung wurde in folgender einstimmig angenommener Entscheidung niedergelegt:

„Die von rund 500 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Nationalliberalen Vereins und des Nationalliberalen Volksvereins stimmt in Billigung der Richtlinien, die der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei am 21. Mai d. J. aufgestellt hat, den Ausführungen des Parteiführers Wassermann zu und ist mit ihm der festen Überzeugung, daß dieser von England ausgegangene Weltkrieg durch einen Frieden beendet werden muß, der den gewaltigen Opfern an Blut und Gut entspricht, die das deutsche Volk in nunmehr zweijährigen unermüdlichen Kämpfen dargebracht hat. Zur Herbeiführung eines solchen Friedens hält die nationalliberale Partei von Stettin die rücksichtslose Anwendung aller Kampfmittel für eine unerlässliche Voraussetzung. Andererseits ist sie der Ansicht, daß den bewundernswürdigen Leistungen des deutschen Volkes, das draußen an der Front und im Innern des Landes seine Kraft hergibt, ein System der Bevormundung nicht entspricht, wie es heute ausgeübt wird und fordert daher mit allem Nachdruck die Beschränkung der Zensur auf Dinge rein militärischer Natur.“

Finanzkapital und Krieg.

Anlässlich einer Besprechung des Verhältnisses zwischen London und Washington, die auf dem bekannten Ton der „Unentwegten“ gestimmt ist, bemerkt Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ über die britisch-amerikanischen Zusammenhänge:

„Sie liegen viel tiefer, als man gemeinhin annimmt, nämlich in den Zusammenhängen der großen Finanzgruppen. Die großen amerikanischen Finanzgruppen, von denen die Morgangruppe im Jahre 1907 auch die in London ihren Schwerpunkt habende Rothschildgruppe zum Anschlag bezw. zur Kapitalulation gebracht hat, sind die eigentlichen Drahtzieher der anglo-amerikanischen Politik, jedenfalls was alle größeren Entscheidungen anlangt. Wären jene großen amerikanischen Gruppen, welche in Dausch und Vogen über ein bewegliches Gesamtermögen von rund 200 Milliarden Mark verfügen, gegen den Weltkrieg gewesen, so würde dieser nie ausgebrochen sein. Man war aber anderer Ansicht.“

Was Reventlow hier über die genannten Finanzgruppen sagt, ist recht dürftig und unbestimmt, von der spezifischen Einseitigkeit seines Urteils ganz abgesehen. Bemerkenswert ist indes, daß an dieser Stelle überhaupt die Frage der finanzkapitalistischen Wurzeln des Weltkrieges aufgeworfen und mit erfreulicher Entschiedenheit — wenn auch einseitig — bejaht wird. Noch vor wenigen Tagen begründete die „Deutsche Tageszeitung“ entusiastisch die Kriegsteilnahme der nationalen Arbeiterverbände (siehe „Vorwärts“ Nr. 225), in der der naive Versuch gemacht wurde, die kapitalistischen Wurzeln des Krieges auszuwischen und den Weltkrieg als ein „gegen die deutsche Arbeit und damit gegen den deutschen Arbeiter“ gerichtetes Unternehmen hinzustellen. Wie inhaltslos ein solches Gerede ist, ergibt sich selbst aus der kurzen Bemerkung des Grafen Reventlow.

Das Zentrum gegen die sozialdemokratische Friedenspetition.

Mit einer großen Volksversammlung in Mannheim, in der Reichstagsabgeordneter Oscar Wegmann sprach, haben unsere badischen Parteigenossen die Aktion für den Frieden eingeleitet. Dem Zentrum ist diese Tätigkeit offenbar sehr unangenehm, denn das führende Organ

des badischen Zentrums, der „Badische Beobachter“ erhebt energigsten Widerspruch in einem Ton, der dem alldeutschen Draufgänger alle Ehre machen würde. Das badische Zentrumblatt verfolgt ganz offensichtlich den Zweck, die Militärbehörde gegen die sozialdemokratische Friedenspropaganda scharf zu machen.

Das neueste Pamphlet.

In Königreich Sachsen wird eine neue, in Schreibmaschinen-schrift hergestellte Schrift verbreitet. Aus dem Inhalt teilt das „Berl. Tageblatt“ folgende Sätze mit:

„Da die Zensur den öffentlichen Ausdruck der wahren Gesinnung des Volkes verhindert, muß ein anderer Weg gesucht werden, auf dem ehrliche deutsch Denkende sich verständigen. . . . Unverkennbar wird von der Reichsregierung eine besondere Klasse von Staatsbürgern auffällig begünstigt. . . . Alle rechtsstehenden und deutsch empfindenden Kreise werden sichtlich zurückgesetzt. . . . Das deutsche Volk soll unter jüdische Bevormundung kommen. Ferner führt das Verhalten der Reichsregierung gegenüber einzelnen Bundesstaaten dem längst eingeschlagenen Partikulismus Nahrung zu. . . . Wir können daher nicht mit Vertrauen einer Entwicklung zusehen, die dem Abgrunde zuströbt. Wer Gelegenheit hat, die wahre Stimmung in unserem Volke kennen zu lernen, wird gewahren, daß sich überall verhängnisvoll der Unwille gegen die jetzige verantwortliche Leitung der Reichsgeschäfte steigert. . . . Wer diese Ueberzeugung teilt, der mag durch Abschrift dieses Schreibens mitwirken.“

Eine Anzahl hochachtbarer Männer“, heißt es am Schluß, „hat sich bereit erklärt, dieses Schreiben zu unterzeichnen. Gegebenenfalls sind die Verfasser bereit, für das Besagte einzutreten.“

Brauchen wir Votschaffer?

Diese Frage verneint ein Artikel, den wir, so unglücklich es sein mag, in der Zentrums-„Doutmunder Tremonia“ und „Offener Volkszeitung“ vom 20. August finden. Den Anlaß zu der Frage, ob wir künftig Votschaffer gebrauchen, gibt dem Artikelschreiber die in der „Nordd. Allg. Ztg.“ an Herrn Asquith erteilte halbamtliche Antwort, daß Deutschland gar nicht auf die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit England brenne. Im Anschluß daran stellt der Verfasser die „allgemeine Frage“, „ob überhaupt für den Verkehr unter den Völkern die alte unständliche und kostspielige Einrichtung der ständigen Gesandtschaften noch notwendig ist. In früheren Zeiten war sie offenbar am Platze, da bei den schlechten Verkehrsmitteln, dem Mangel einer Presse usw. die Verbindung zwischen den Völkern und den Regierungen wesentlich angewiesen war auf die Information und Berichte der Gesandten. Unter den neueren, gehobenen Formen des Völkerverkehrs ist der reelle Wert des Gesandtschaftswesens immer mehr gesunken.“

Nur bei „verbündeten oder engbefreundeten Staaten“ will der Artikel die ständigen Votschaffer oder Gesandtschaften aus „Gefühlswerten“ heraus gelten lassen; bei den anderen aber sei „der große Apparat der Votschaffer ein Luxus, den man auch entbehren kann“.

Daß das ganze Diplomatenhandwerk veraltet sei und daß auch der künftige Votschaffer mit dem kostspieligsten Apparat an dem Verhältnis der Länder zueinander nichts ändern kann, weil dieses Verhältnis durch das Zusammenwirken der politischen und durch die Interessen der beiderseitigen bestehenden Klassen bestimmt werde, hat die Sozialdemokratie stets gesagt, und zur Kontrolle der auswärtigen Beziehungen hat die Sozialdemokratie immer verlangt, daß die zwischenstaatliche Politik aus den Dunkelkammern der Diplomatie in die helle Öffentlichkeit der Parlamente gehöre, denen die Entscheidung über das Verhältnis der Völker zueinander und über Krieg und Frieden zufallen müsse.

Bei den großen Debatten vor acht Jahren war der damalige Zentrumsführer Freiherr v. Hertling schon zufrieden, wenn der Reichstag hinterher periodisch über die auswärtige Politik informiert werde, und noch nach Kriegsausbruch legte sich das Hauptorgan der badischen Zentrums-„Beobachter“ (21. November 1914), für adlige Diplomaten ins Zeug, die sich „glänzend bewährt“ hätten. Demgegenüber ist der jetzt in den beiden Zentrumsblättern des Westens vertretene Standpunkt ein geradezu überraschender Umschwung.

Zur polnischen Frage.

Anlässlich der Besprechung der künftigen Gestaltung Polens rollt H. v. Gerlach in der „B. a. M.“ erneut die Frage auf, ob es nicht an der Zeit wäre, auch den deutschen Polen entgegenzukommen.

„Immerhin spielt auch heute noch die Stimmung der vielen Millionen von Polen eine erhebliche Rolle. Und da fragt es sich, ob es nicht wünschenswert wäre, wenn die Polen wüßten, daß dieser Krieg wie mit anderem Gerümpel so auch mit den Ausnahmefällen gegen die Polen radikal aufzuräumen muß. Der Sprachenparagraf des Vereinsgesetzes, das Enteignungsgesetz, die Bestimmungen gegen den polnischen Unterricht, die antipolnische Anstaltungs- und Rentengesetzgebung, alles das ist unmöglich geworden durch die Tatsache, daß die polnisch sprechenden Preußen genau so ihr Blut für uns vergossen haben wie die deutschsprechenden. Wir wissen, daß alle Ausnahmebestimmungen und Ausnahmebestimmungen fallen müssen. Aber wäre es nicht zweckmäßig, das auch die Polen je eher je besser wissen zu lassen?“

Eine merkwürdige Gastrolle.

Die Sonntagsnummer der „Täglichen Rundschau“ bringt an ihrer Spitze einen Aufsatz des Genossen Engelbert Bernerstorfer, Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses, über „Professor R. W. Förster und Oesterreich“. Ueber den Artikel selbst ist nicht viel zu sagen, er bewegt sich in den Bahnen jener Gedankenrichtung, die den Genossen Bernerstorfer schon früher in bedenklicher Nachbarschaft mit den Nationalisten gebracht hat.

Wuhte es aber sein, daß Genosse Bernerstorfer, nachdem er schon vielfach in der reichsdeutschen liberalen Presse schrieb, nun auch in einem Blatte gastiert, dessen politische Haltung die der unentwegtesten Alldeutschen ist?

Briefgeheimnis.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ für die Rheinprovinz“ untersucht Dr. jur. de Jonge die Frage, ob der Belagerungszustand eine Verletzung des Briefgeheimnisses ohne richterliche Anordnung durch den Oberbefehlshaber zuläßt. Er verneint diese Frage unter Hinweis auf die Verhandlungen in dem letzteren Abschnitt des Reichstags. Die Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses beruhe auf Reichsrecht (§ 5 des Reichspostgesetzes), Reichsrecht breche Landesrecht (Art. 2 der Reichsverfassung). Also werde unzweifelhaft das Reichspostgesetz durch das Belagerungszustandsgesetz nicht berührt. Das ergebe sich auch aus anderen Reichsgesetzen. Da, wo ein Eingriff in Reichsgesetze durch das Belagerungsgesetz zulässig sein soll, ist das ausdrücklich im Reichsgesetz selbst erwähnt, so im Reichspostgesetz (§ 30).

Die Argumentation der Korrespondenz ist ebenso wie ähnliche Ausführungen im Reichstag durchaus schlüssig.

Der ehemalige Zentrumsabgeordnete Frihen gestorben.

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, starb am 18. August in Düsseldorf der frühere langjährige Abgeordnete Landesrat a. D. Alois Frihen, 77 Jahre alt.

Die Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte in den Betrieben der Metallindustrie Groß-Berlins.

Vor mehr als Jahresfrist ist dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins auch die Erledigung der Fürsorge für solche Kriegsbeschädigte überwiesen worden, die vor ihrer Einziehung zum Militär zuletzt in einem Betriebe der Metallindustrie Groß-Berlins beschäftigt waren. Die Fürsorge sollte sich aber nur auf die Arbeitsbeschaffung und die Erledigung von Beschwerden der in der Metallindustrie beschäftigten Kriegsbeschädigten erstrecken.

Jetzt hat nun das Bureau des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe eine Zusammenstellung gemacht, aus der die bisherige Tätigkeit des Kriegsausschusses, soweit die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Frage kommt, ersichtlich ist. Wir geben diese Zusammenstellung nachstehend wieder:

Der Bogen wurde verschliffen an	Geamtortet haben	Es haben keine Kriegsbeschädigten eingestellt	Wahrscheinlich ein- beschäftigte ein- gestellt	Wahl der Kriegs- beschädigten	Bei ihrem An- treten Arbeit- geber sind	Bei einem an- treten Arbeit- geber sind	Sören alten Ver- truf haben	Einem andern Beruf haben
Ergebnis bis zum 31. Dezember 1915:								
988	407	228	179	915	494	481	584	881
Januar 1916:								
bedgl.	819	240	79	261	150	111	179	82
Februar 1916:								
bedgl.	249	188	66	209	102	107	135	74
März 1916:								
bedgl.	625	296	80	303	181	172	172	131
April 1916:								
bedgl.	202	187	75	263	124	139	170	68
Mai 1916:								
bedgl.	326	258	68	340	156	184	209	131
Juni 1916:								
bedgl.	187	133	54	228	70	144	138	85
Gesamtergebnis								
	2514	1226	1288	1587	927			

Die in der Tabelle angeführten 927 Mann, die zu anderen Verufen übergegangen sind, sind nicht etwa außerhalb der Metallindustrie untergebracht, sondern haben innerhalb der Metallindustrie ihren Beruf gewechselt.

Die Zahlen sprechen ja schon an sich für die erfreuliche Tätigkeit des Kriegsausschusses auf diesem Gebiete und erlangen noch eine erhöhte Bedeutung, da hinzugefügt werden kann, daß alle Kriegsbeschädigten, die sich gemeldet haben, untergebracht werden konnten, so daß also die Aufgaben, die hier gestellt waren, restlos erfüllt sind.

Eine Inanspruchnahme irgendeiner anderen Körperschaft, sei es Arbeitsnachweis oder sonstige Einrichtung, war absolut nicht nötig. Es würde auch ein Mangel an Verständnis für die Aufgaben eines Kriegsausschusses oder einer Arbeitsgemeinschaft bedeuten, wenn die Inanspruchnahme eines Arbeitsnachweises notwendig geworden wäre. Wenn schon eine Arbeitsgemeinschaft nicht in der Lage ist, die Kriegsbeschädigten unterzubringen, ein fernstehender Arbeitsnachweis könnte dies lange nicht, er wäre kaum in der Lage, den Kriegsbeschädigten seinen Fähigkeiten nach an die richtige Stelle zu setzen und seine Zukunft sicherzustellen.

Vor Arbeitsnachweisen, die lediglich die Aufgabe haben, Kriegsbeschädigte unterzubringen, und die nur zu diesem Zweck eingerichtet sind, kann gar nicht dringend genug gewarnt werden. Das werden Krüppelnachweise, die den Kriegsbeschädigten nur Enttäuschung bringen, und das ist der Sache wenig dienlich. Es ist dringend notwendig, daß von vornherein Einrichtungen getroffen werden, die die sicherste Gewähr für die gute und schnelle Unterbringung der Kriegsbeschädigten bieten. Das sind nach allen bisher gemachten Erfahrungen eben die Arbeitsgemeinschaften.

Daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaften erfreulicherweise an Boden gewinnt, beweist die große Zahl der seit reichlich einem Jahre errichteten Arbeitsgemeinschaften. In Berlin sind bis jetzt solche Einrichtungen für folgende Gewerbe errichtet:

1. Fürsorge für Kriegsbeschädigte der Berliner Holzindustrie: Müllerstr. 9. Meldestelle: Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie, S. Moos, Hungenstr. 30.
2. Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins. Meldestelle: N 4, Schlegelstr. 2.
3. Fürsorge-Arbeitsgemeinschaft für die Kriegsbeschädigten Berufsangehörigen des Sattler- und Lederwarengewebes: SO 16, Engelauer 15 II. Zimmer 29. Verband der Buchbinder, Galanteriebranche: daseibst.
4. Kriegsfürsorgeausschuss im Brauergewerbe Groß-Berlins: SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 3. Meldestelle: O 64, Pulaststraße 10.
5. Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer aus dem Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe Groß-Berlins: O 2, Neue Friedrichstr. 2. Meldestelle: C, Alte Leipziger Str. 1.
6. Fürsorgeausschuss für Kriegsbeschädigte Gärtner: General-Jetztstr. 8. Braun, Invalidenstr. 42.
7. Verwaltungsstelle der Winenschiffer: Michaelstr. 2, II.
8. Kriegshilfe für technische Kräfte (Schiffennachweis): N-Str. 2051 G. H. 1/15 (Stellenvermittlung für Architekten, Ingenieure, Chemiker, Techniker): NW 7, Sommerstr. 4a.
9. Arbeitsgemeinschaft zur Unterbringung Kriegsbeschädigter Textilarbeiter: W. 80, Raakenstr. 24 bei Karl Krauß.
10. Arbeitsgemeinschaft für das Handwerks- und Gewerbe (eingeschlossen sind Dachdecker, Maler, Zimmerer; ausgenommen Bauhelfer, Bauhilfen, welche zur Fürsorge für Kriegsbeschädigte der Berliner Holzindustrie gehören): W. 9, Köthener Str. 28, Dorf, Herr Heuer.
11. Arbeitsgemeinschaft zur Unterbringung der Kriegsbeschädigten im Gastwirtsgerwebe: SW. 52, Zimmerstr. 90/91, Müllerstraße 9.
12. Hauptstelle des Groß-Berliner Einzelhandels: Kriegsbeschädigte, Verband Berliner Spezialgeschäfte: W. 8, Leipziger Straße 105.
13. Verband der kaufmännischen Hilfsvereine zu Berlin W. 8. Fürsorge für Kriegsbeschädigte Kaufleute: C 9, Seehofstr. 30.
14. Beschäftigung Kriegsbeschädigter Angehöriger des Stein-, Zement- und Straßenbauwesens: Vorsitzender des Arbeitnehmerverbandes: Ansh, Elbinger Str. 60/68.
15. Tarifamt der Deutschen Buchdrucker (Unterbringung Kriegsbeschädigter Buchdrucker): SW 48, Friedrichstr. 239.
16. Tarifschiedsgericht für das Buch- und Steindruck-Hilfspersonal: Dr. Breitkopf, l. H. Hempel, Zimmerstr. 7.
17. Tarifamt des Chemigraphen- und Kupferdruckgewebes: SW 48, Friedrichstr. 239. Tel. Lügow 1576.
18. Deutscher Technikerverband (25 Gew.-A. 16): SW 48, Wilhelmstr. 130.

19. Arbeitsgemeinschaft zur Unterbringung von Kriegsteilnehmern und Kriegsverletzten in der Lederindustrie: Vorh. des Ausschusses Herberger, Meldestelle: N 20, Prinzenallee 60.
20. Beratungsstelle für Kriegsbeschädigte der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen: SW 48, Charlottenstr. 85.
21. Detailhandels-Verufsgenossenschaft: SW 68, Charlottenstraße 96.
22. Zentralnachweisstelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge für das Bäckergewerbe: Berlin, Chausseest. 110.
23. Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Zentralverband Dtsch. Kennervereine u. d. Verbänden d. Fabrikarbeiter, Fleischer, Handlungsgeliffen, Transportarbeiter, Tabalarbeiter, Wäcker u. Konditoren: Bureau: Engelauer 15, III. Stod, Fr. Schneider.
24. Für die Vereinigung der Weißfabriken Groß-Berlins: Bäckermeister Vorath: Charlottenburg, Wallstr. 100.
25. Arbeitsgemeinschaft für das Töpfergewerbe: Bis auf weiteres: A. Drunzel, Wiener Str. 7.

Es kann gar nicht dringend genug gefordert werden, daß auch für die Verufe Arbeitsgemeinschaften errichtet werden, für die bislang solche noch nicht bestehen. Da, wo Arbeitsgemeinschaften errichtet sind, sollte ihre Tätigkeit, soweit dies bisher noch nicht der Fall ist, auf das Reich ausgedehnt werden.

In dem Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem neutralen Gebiete der Hilfe für die Kriegsbeschädigten liegt die sicherste Gewähr dafür, daß den Kriegsbeschädigten ein wirklich ausreichender und dauernder Schutz in ihrem Arbeitsverhältnis gegeben werden kann. Dies ist schon des öfteren den für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Frage kommenden behördlichen Stellen vorgebracht und man hat auch überall die Wichtigkeit dieser Auffassung anerkannt. Trotzdem werden des öfteren noch Maßnahmen getroffen, die eine Verwirrung und Irrführung bei den Kriegsbeschädigten hervorrufen.

Dieser Vorwurf muß leider auch den für die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Betracht kommenden behördlichen Stellen der Stadt Berlin gemacht werden. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin hat auf der einen Seite die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften gefördert und auf der anderen Seite erläßt die Stadt Berlin Bekanntmachungen irreführender Art an die Kriegsbeschädigten. (Plakate über Arbeitsnachweise usw.) Auch in sonstiger Beziehung läßt manches auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin stark zu wünschen übrig. Wenn aus dem in diesen Tagen stattfindenden Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln die Einrichtungen der einzelnen Städte und Bezirke zur Sprache kommen sollten, wird die Stadt Berlin dabei leider keine Vorbeeren pflichten können. Es wird notwendig werden, die hier auf diesem Gebiete zutage getretenen Mängel einer öffentlichen Kritik zu unterziehen, um auf diesem Wege für Abhilfe zu sorgen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Werkzeugmacher A. von der Firma B. K. will einen Kriegsschein, da er seiner Meinung nach nicht genug verdient. Die Firma erklärt, nicht mehr zahlen zu können und ist damit einverstanden, daß A. den Kriegsschein erhält.

Bei der Firma S. u. D. wollen die Dreher A. und St. einen Kriegsschein, A. der ein Asteil vorlegt, wonach ihn bestätigt wird, daß er auf Grund seines körperlichen Zustandes nicht unangelegelt bei der Arbeit stehen kann, erhält den Kriegsschein. St. jedoch nicht, da keinerlei Grund hierzu vorliegt.

Eine Anzahl Holzarbeiter von der Firma M. wollen einen Kriegsschein wegen zu geringen Verdienstes. Die Lohnsätze bei dieser Firma sind wie für andere Verufe auch für die Holzarbeiter vor kurzem erst durch eine Vereinbarung geregelt. Danach bekommen die Holzarbeiter 1,07 M. pro Stunde Lohn. Die Holzarbeiter wünschen nun im Accord zu arbeiten, um so zu einem höheren Verdienst zu kommen. Die Firma ist damit einverstanden, doch sind Meinungsverschiedenheiten entstanden wegen der Höhe der Accordhöhe. Es gelingt eine Verständigung, da in der Vereinbarung eine Bestimmung lautet, daß bei Accordarbeit die Accordhöhe so festzusetzen sind, daß mindestens 20 Proz. über den Lohn verdient werden kann. Damit würde den Holzarbeitern, wenn sie im Accord arbeiten, ein Stundenlohn von mindestens 1,24 M. gesichert sein, also eine Erhöhung ihres Verdienstes um 17 Pf. pro Stunde. Mit dieser Festlegung ist die Sache erledigt.

Von der Firma B. K. S. kommen eine Anzahl Dreher und Revolverdreher und wollen einen Kriegsschein, weil sie zu wenig verdienen. Die Aussprache ergibt, daß die Firma bereit ist, zuzulegen, doch sollen im einzelnen darüber im Betrieb noch Verhandlungen stattfinden. In einer späteren Sitzung erschienen sie nochmals, da sie sich im Betrieb über die Erhöhung der Verdienste nicht verständigen konnten. Nunmehr erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß die Dreher auf jede Operation ihrer Arbeit 12 1/2 Proz. Zulage erhalten.

Der Schloffer A. der Firma B. K. u. J. will einen Kriegsschein wegen zu wenig Verdienst. Der Vertreter der Firma erklärt, daß die Firma nicht bereit ist, mehr Lohn zu zahlen; die Firma werde im Gegenteil veranlassen, daß A. als lästiger Ausländer ausgewiesen werde. Wegen dieser Äußerung wird von den verbleibenden Mitgliedern des Kriegsausschusses entschieden protestiert. Bei einem solchen Verhältnis sei eine Fortsetzung der Arbeit für den Schloffer A. unmöglich und kommt unter diesen Umständen der Kriegsausschuss zu dem Ergebnis, daß A. sofort den Kriegsschein erhält.

Der Dreher A. der Firma M. K. in L. wünscht den Kriegsschein, weil er aussetzen mußte, ohne für die Zeit Lohn bekommen zu haben. Es wird dahin entschieden, daß die Firma dem Dreher entweder die Zeit des Aussetzens bezahlt oder einen Schein ausstellt.

Der Werkzeugmacher B. der Firma G. u. Co. war der Firma von der Militärbehörde überwiejen und diese hat den Werkzeugmacher mit 80 Pf. Lohn eingestellt. Da dieser Lohn in keiner Weise dem entspricht, was Werkzeugmacher zurzeit an Lohn beanspruchen können, die vom Militär überwiejenen Arbeiter aber durchaus nicht schlechter bezahlt werden sollen, als die übrige Arbeiterchaft, wird das Verlangen des Werkzeugmachers nach einem Kriegsschein als durchaus berechtigt erklärt. Da die Firma nicht bereit ist, so wie dies notwendig, die Lohnansprüche des Werkzeugmachers zu erfüllen, erhält der Werkzeugmacher B. den Kriegsschein.

Der Tischler L. vom Flugzeugwerk A. will einen Kriegsschein, da bei seiner Firma zurzeit keine Ueberstunden mehr gemacht werden und er dadurch einen Anfall an seinem Verdienst hat. Das Verlangen des Tischlers wird als ganz und berechtigt zurückgewiesen, da L. keinen Anspruch darauf erheben kann, Ueberstunden zu leisten. Ein Kriegsschein wird nicht erteilt.

Der Dreher E. von der Firma S. W. will einen Kriegsschein, da er bei seiner Arbeit nicht zurechtkommt und glaubt, daß dies am Accordpreis liegt. Da er festgestellt wird, daß andere Dreher bei demselben Verufe 1,55 M. pro Stunde verdienen, wird die Erteilung des Kriegsscheins abgelehnt.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen in der Hutindustrie.

Die fortschreitende Verteuerung des Lebensunterhalts mit ihren Wirkungen auf die Ernährung und die Arbeitsleistungen der Massen haben Anlaß gegeben, daß auf Antrag des Verbandes der Hutarbeiter mit dem Unternehmerverband in der Hutindustrie vereinbart worden ist: Vom ersten Lohnzuge im August an erhalten alle über 16 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Woll- und Haarhutfabriken bei einem Wochenverdienst bis einschließlich

12 Mark	=	20 Prozent	Teuerungszulage
15	"	=	15
20	"	=	10
25	"	=	8
30	"	=	6
36	"	=	4
40	"	=	3

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bis 9 M. verdienen, erhalten 10 Proz. Zulage.

Früher bewilligte Teuerungszulagen werden durch diese Teuerungszulagen nicht berührt. Die Zulagen werden auf den Brutto- lohn und neben sonstigen bereits bestehenden gemeindlichen oder staatlichen Unterstützungen bezahlt. Sind von einer Gemeinde oder von einem Gemeindeverbände, unter Berufung auf die Zulage, die Unterstützungen der Sonderverwaltungsloca fürsorge gekürzt, so daß der Arbeiter trotz Zulage kein höheres Einkommen hat, so fällt die Zulage für den betreffenden Arbeiter weg. Offentlich findet sich keine Gemeinde, die aus kleinlichen Motiven den Zweck der Vereinbarungen vereitelt und die Arbeiter schädigt. Unter den 1500 Arbeitern und mindestens 2800 Arbeiterinnen, die dank dem Vorgehen des Hutarbeiterverbandes Zulagen erhalten, befindet sich ein erheblicher Teil unorganisirter, die miternten, ohne gelist zu haben. Sie haben alle Ursache, sich der Organisation anzuschließen, die tatsächlich die Interessen aller Verufsgenossen und -genossinnen mit Erfolg vertritt.

Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Am Mittwoch, den 16. August, war auf der Krupp'schen Zeche „Ericher-Lippe“ im Kreise Recklinghausen sowohl für die Bergarbeiter als die Belegschaft nicht angefahren. Der Grund der ArbeitsEinstellung war die ungenügende Lieferung von Lebensmitteln, daneben auch die in der jetzigen Teuerung als ungenügend empfundene Entlohnung. Nachdem die Zechenverwaltung die Abstellung der Mängel versprochen hatte, fuhr am nächsten Tag die gesamte Belegschaft wieder an.

Aus dem gleichen Grunde blieb am Freitag, den 18. August, die Belegschaft der Zeche „Ewald-Fortsetzung“, eine halbe Stunde von der vorgenannten Zeche entfernt, der Arbeit fern. Auch hier fuhr am folgenden Tage die Belegschaft wieder an, nachdem sich die Zechenverwaltung zu Zugeständnissen bereit erklärt hatte.

Aus der Partei.

Mandatsniederlegung.

Stadtverordneter Genosse Peter in Danzig, der jüngst zum Stadtrat gewählt wurde, die Wahl aber ablehnte, hat jetzt sein Mandat zur Stadtverordnetenversammlung niedergelegt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Zuckermopol in Rußland?

Nachrichten über Zuckermopolpläne in Rußland, die neuerdings durch deutsche Zeitungen gingen, beleuchtet die Veröffentlichung eines Verdictes, nach dem bereits vor längerer Zeit von russischer amtlicher Seite solche Pläne beraten wurden.

In der Kommission für indirekte Besteuerung, die unter dem Vorsitz des Gehilfen des russischen Finanzministers A. J. Nikolaenko, tagt, kam, wie die „Ruskija Wjedomosti“ zu berichten wissen, diese Frage allerdings nicht zur endgültigen Entscheidung, da sich die maßgebenden Stimmen teilten, aber soviel sei immerhin erreicht worden, daß man dem Vorschlag genaue Beachtung zu schenken und seine Einzelheiten ausarbeiten beschloß. Die Anhänger der Einführung des Zuckermopols weisen in erster Linie darauf hin, daß es mit seiner Hilfe möglich werden dürfte, aller mit der Zuckerverföhrung Rußlands verbundenen Schwierigkeiten Herr zu werden und ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Zuckermarkt herzustellen. Die Gegner dieser Maßnahme glauben an die Möglichkeit einer weiteren Verteuerung des Artikels; sie befürchten nicht nur keine Verbesserung, sondern geradezu eine Verschlechterung der Lage der Konsumenten.

Der Zuckerverhand ist gerade in Rußland im Kriege von privater Seite so weitgehend monopolisiert worden, daß auch dieses größte Produktionsgebiet des Zuckers Zuckerteuerung und geradezu Zuckernot litt. Es geht schon, so meint die „Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung“, deren Wirtschaftsarchiv wir diese Notiz entnehmen, ein Verwaltungsapparat wie der russische dazu, wenn der Öffentlichkeit von einem Staatsmonopol eine weitere Verschlechterung der Lage in Aussicht gestellt werden kann. Sollte das Staatsmonopol nach den jüngsten Skandalen etwa doch zur Ausführung kommen, so könnte es unter gewissen Voraussetzungen eine erhebliche Wirkung auf die Gestaltung des Zuckervermarktes gewinnen.

Ausdehnung der Kunstlederfabrikation.

Die außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Kunstlederfabrikationsgesellschaft in Dresden beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 M. auf 3 750 000 M. zwecks Stärkung der Betriebsmittel. Der Umsatz im ersten Halbjahr hat die Höhe des Aktienkapitals überschritten. Die Außenstände wurden gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Die Verwaltung erwartet auch in Friedenszeiten gute Ertragnisse.

Mangel an Zucker in England. Die „Westminster Gazette“ vom 10. August berichtet: Zucker ist in Cheshire so selten, daß der Obsthandel hierdurch in ernste Mitleidenchaft gezogen wird. Große Mengen von gefottemem Obst für Konerven verderben.

Unter italienischer Kontrolle.

Als erste ausländische Unternehmung in Italien ist die österreichische Kammergarnfabrik Koller, Mayer u. Allinger in Prato vom Florentiner Präfekten unter Kontrolle gestellt worden. Der Betrieb wird aufrecht erhalten, um die Arbeiterchaft, die zeitweise die Löhner von 5000 erreicht, nicht brotlos zu machen.

Eingegangene Druckschriften.

- Verleger für Angehörige von Kriegsteilnehmern. Herausgegeben von Stadtschreiber Bömer. 15 Pf. — Selbstverlag in Hildesheim.
- Die Wöcker. Zeit. 21. Sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Parvus. 20 Pf. — Verlag für Sozialwissenschaft, München.
- Arbeiterpolitik. Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus. 15 Pf. — Verlag in Bremen, Waller Decker, 62.
- Wie bewahrt ihr euch vor Syphilis? Von Dr. G. Freund. 30 Pf. — J. K. Reinisch, Graz.
- Gesammelte Dichtungen. Von G. Stein. In 3 Bänden herausgegeben von F. Postle. Geb. 8 M., in Halbheften 12 M. — Insel-Verlag, Leipzig.

Chronik des Weltkrieges.

22. August 1914.

Zu der Schlacht, die zwischen Meh und den Vogesen geschlagen wurde, wird amtlich gemeldet, daß der Rückzug der Franzosen in Hucht ausartete. Es wurden mehr als 10 000 Gefangene gemacht und 50 Geschütze erobert. Die Stärke der geschlagenen französischen Kräfte wird auf mehr als 8 Armeekorps beziffert.

Nach einer Londoner Meldung des Reuterschen Bureaus erreichte bereits am 20. August ein Husaren- und ein Ulanenregiment der deutschen Armee Brüssel.

An der galizischen Grenze kam es zu größeren Zusammenstößen. Die russischen Truppen wurden geworfen und zogen sich lichterloh zurück.

An der serbischen Grenze wurde eine serbische Armee von etwa 30 Bataillonen mit zahlreicher Artillerie auf der ganzen Linie geworfen.

22. August 1915.

Im Westen keine besonderen Ereignisse.

In Osn dauerte das Vordringen der deutschen und österreichischen Armeen an. Abermals wurden mehr als 2000 Gefangene eingebracht.

Auf dem Tiroler Kriegsschauplatz und bei Görz ergebnislose Vorstöße der Italiener.

Im Rigaer Meerbusen kam es zu einem Vorpostengefecht zwischen leichten Streikräften der deutschen und russischen Marine. Ein russisches Torpedoboot sowie zwei russische Kanonenboote wurden durch Artilleriefeuer und Torpedoboosangriffe versenkt.

Auf deutscher Seite wurden drei Torpedoboote beschädigt, eins davon ist gesunken.

Der italienische Botschafter in Konstantinopel überreicht der Pforte eine Note, worin erklärt wird, das Italien sich als mit der Türkei im Kriegszustand befindlich betrachtet.

Die finnische Parteipresse über den Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Die finnische Parteipresse enthält trotz ihrer Anebelung durch die Zensur eine Fülle interessanter Betrachtungen, die den Sieg unserer Partei bei den finnischen Landtagswahlen wirkungsvoll beleuchten. Das Zentralorgan der Partei, der „Työmies“, schreibt über die Niederlage der großen bürgerlichen Parteien folgendes:

„Die Altfinnen brachten 1907 über 248 000 Stimmen auf, jetzt nur noch etwas über 140 000. Sie haben reichlich über 108 000 Stimmen eingebüßt. Die Stimmengahl der Jungfinnen betrug 1907 121 000, jetzt nur noch 98 800 — Verlust über 23 000. Die „Schwedische Volkspartei“ (eigentlich: schwedisch redende Herrenpartei) hatte 1907 über 112 000 Stimmen, jetzt 93 600, Einbuße über 18 000 Stimmen.

Die Gesamtzahl der Wählerstimmen dieser drei großen bürgerlichen Parteien betrug 1907 über 477 000, jetzt nur noch ca. 332 000. Sie haben zusammen über 145 000, d. h. reichlich über 30 Proz. Stimmen verloren. Damals erhielten sie von je 100 Stimmen 33,5, jetzt kaum noch 42! Damals zogen sie mit 109 Mandaten in die Volksvertretung, sie hatten die Majorität. Seitdem haben sie 32 Mandate verloren, mit ihren noch verbliebenen 77 Sitzen sind sie in der Minderheit.

Dagegen ist die Stimmengahl der Sozialdemokratie seit 1907 um über 45 000 gestiegen. (Sie betrug 1907 329 946 = 87 Proz. mit 80 Mandaten; 1916 375 306 = 47,2 Proz. Stimmen und 108 Mandate.)

„Was ist der Grund, gute Herren, daß die Wähler Ihnen den Rücken gekehrt haben und zu uns gekommen sind?“ fragt das Blatt und warnt die Gegner davor, die Sache mit leeren Phrasen und mit gesuchten Verlegenheitsgründen erklären zu wollen. Es fährt dann fort:

„Nach den ersten Wahlen behielten diese drei Parteien die Macht einige Jahre in ihren Händen. (Zensurlose!) Wir wollen nicht ausführlich werden, nur einiges wollen wir hervorheben. Angenommen, diese Parteien hätten damals das Alkoholverbotsgesetz so weit gefördert, daß der Jar es sanktioniert hätte (man hat Grund zu der Annahme, daß das Gesetz bald nach der Annahme durch den Landtag die monarchische Sanction hätte erlangen können). Wenn sie alsdann die neue kommunale Ordnung ebenso gefördert hätten — wenigstens in dem Maße, wie sie sich programmatisch selber gebunden hatten, und hätten sie dann noch das Kleinpächtergesetz etwa in der Form angenommen, wie die Sozialdemokratie im letzten Winter eine Lösung in dieser Sache vorgeschlagen hat, so hätten sie sich gegenüber der bürgerlichen Gesellschaftsordnung keineswegs irgendwie schuldig gemacht, denn diese Gesetze bewegen sich ja alle im Rahmen der bürgerlichen Reformen und kommen — abgesehen von kleinen Kapitalistenkreisen — den bürgerlichen Klassen zugute. Es wäre dann noch angebracht gewesen, wenigstens diese Arbeiter-schutzgesetze vor den Wahlen von 1909 anzunehmen, die nach diesen Wahlen sowieso angenommen wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien, wenn sie auch nur diese Reformgesetze durchgeführt hätten, heute dasselbe beklagen müßten, was sie jetzt zu beklagen haben. Wahrlich, es wäre nicht viel nötig gewesen, um sich oben zu halten.

Freilich hätte auch das den Aufstieg der Sozialdemokratie nicht verhindern können. Aber vor dem großen Verlusten hätten sich die bürgerlichen Parteien wohl schützen können, und die Majorität hätten sie sich noch lange nicht entreißen lassen brauchen.

Doch die Bourgeoisie Finnlands wählte einen anderen Weg. Der Weg der Reformen schien ihr nicht gangbar und das hat sie jetzt mit dem Verlust der Majorität bezahlen müssen. Aber was tut? Behält sie nicht trotzdem ihre reaktionären Bestrebungen, wie auch die ganze politische und wirtschaftliche Macht außerhalb des Parlaments? Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Bourgeoisie die Majorität in der Volksvertretung viel geringfügiger einschätzt, als alle anderen Mittel und Wege, mit deren Hilfe sie die von ihr nicht gewünschte Reformarbeit im Parlament wirkungslos bekämpfen kann!

Das Blatt wirft dann die Frage auf, ob es vielleicht gar die Absicht der Bourgeoisie gewesen sei, diesen Weg zur Verteidigung ihrer Interessen einzuschlagen. Es warnt die Arbeiter, die Wahlresultate so auszulegen, als hätten die finnischen Bourgeoisien durch diesen Sieg der Sozialdemokratie ihre politische Macht und ihren Einfluß verloren. Eine solche Annahme wäre falsch und unbegründet.

„Was haben sie wirklich verloren? Die Macht zur Klassengesetzgebung?“ fragt der „Työmies“ und fährt dann fort:

„Die durch die Mehrheit der Volksvertretung ausübende Macht haben sie allerdings eingebüßt. Aber diese Macht hat ja die Bourgeoisie auch vor zehn Jahren nicht besessen! Auch haben die bürgerlichen Parteien ihre Macht der Majorität auch nach 1907 nicht direkt dazu benutzt und benutzen können, um im Parlament Klagen gegen die Arbeiter zu beantragen und durchzubringen. Dazu waren sie dank der sozialdemokratischen Opposition und ihrer Kritik denn doch nicht imstande.

Aber immerhin haben sie viel verloren, und die Arbeiterpartei erlangt durch ihren letzten Sieg erst ihren vollen Wert: wir besitzen jetzt eine viel breitere Basis zur politischen Wirkksamkeit. Mit anderen Worten: Erst jetzt haben wir die volle Möglichkeit, im Namen

der Volksvertretung die notwendigsten sozialen Reformarbeiten in der Form der Gesetzgebung zu beschließen und auch noch einiges mehr. . . . Aber durchgeführt sind diese Reformarbeiten damit noch keineswegs.

Damit meint das Blatt die außerhalb des Parlaments stehenden Hindernisse und Klippen, die jedes Gesetz in Finnland zu passieren hat, denn um in Kraft zu treten, müssen die Gesetze erst von dem Jar-Großfürsten sanktioniert werden. Bis jetzt sind die besten Gesetze immer noch an dieser Klippe gescheitert. Durch den Sieg der Sozialdemokratie wird diese Klippe wieder beseitigt, noch werden die bestehenden Gefahren gemildert. Dann fährt das Blatt fort:

„So wertvoll der Sieg der Sozialdemokratie auch ist, verloren haben die kapitalistischen Klassen dadurch noch nichts, was ihren Klasseninteressen und -zielen besonders wertvoll gewesen wäre. Sie behalten ihre ganze Macht ungeschwächt — sowohl in politischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Ihre wirtschaftliche Macht ist nicht im geringsten geschwächt, und diese ist doch die Grundlage ihrer politischen Macht.“

„Kansan Lehti“, unser Tammerforscher Parteiblatt, hebt folgendes hervor:

„Die bürgerlichen Organe finden sich auch jetzt mit ihrer Situation wenig ab. Nach der bekannten Methode reden sie auch jetzt in herabwürdigender Weise von „Genossen“ und von „Leuten, die mit ihren Zielen auf den Wollen schwören“, und sie sagen, bloß die Agitation hätte ihre Wirkung getan. . . . Ebenso wenig wollen sie es anerkennen, daß der Sieg der Sozialdemokratie sozialen Ursprungs ist. Sie finden sich mit einigen witzig sein folgenden Phrasen ab. . . .

„Freilich, zu einem solchen Verhalten haben sie ihre guten Gründe: Ihre Position wird durch den sozialdemokratischen Wahlsieg keineswegs gefährdet, die bürgerliche Gesellschaftsordnung wird dadurch nicht berührt, sie können daher noch ganz sorglos dahingleben. . . . unsere Bourgeoisie befindet sich inmitten der besten Konjunktur, sie hat die beste Möglichkeit, sich zu bereichern, die Aktien steigen fortgesetzt im Kurse und die Zukunft scheint ihnen eine Blütezeit des Geschäftslebens zu bringen. Sie können uns unseren „moralischen Sieg“, dem wir sie für den besten materiellen Sieg erziehen. Dabei verdrängen ihre Schriftgelehrten und Leuchten unablässig: Das Privateigentum und die darauf aufgebaute soziale Ordnung seien unvergänglich. . . .

Das Blatt verweist dann bei der Differenz zwischen der großen Zahl der sozialdemokratischen Wähler und der kleinen Zahl der organisierten Arbeiter. „Reben beinahe 400 000 sozialdemokratischen Wählern gibt es nur etwa 30 000 gewerkschaftlich und etwas über 50 000 politisch organisierte Arbeiter. Gewiß müßte der Sieg von unseren Gegnern höher gewertet werden, wenn die Arbeiterorganisationen mächtiger wären. Die eigentliche Kraftquelle der Arbeiterklasse bilden ihre Organisationen und nur diese. Nur kraft ihrer Organisationen vermag die Arbeiterklasse vorwärts zu dringen. In anderen Ländern mit einem für die Arbeiter weniger günstigen Wahlsystem haben die Arbeiter, gestützt auf ihre gut ausgebauten Organisationen selbst die machtlosen bürgerlichen Klassen dazu gezwungen, den Arbeitern günstige soziale Einrichtungen zu schaffen und Gesetze anzunehmen. Eine unorganisierte Wählermasse imponiert der Bourgeoisie wenig, zwingt sie nicht einmal, von ihren banalen Wägen abzustiegen. — Unsere Schwäche ist begründet in der Schwäche unserer Organisationen. Es ist daher bitter notwendig, nicht nur auf große Wählermassen zu setzen, sondern noch mehr zu tragen, daß unsere Organisationen stärker werden. Denn „der parlamentarische Kampf ist gut und notwendig, aber er bedeutet nicht alles“. Ohne kräftige Organisationen als Stütze ist der parlamentarische Kampf wie eine stumpfe Waffe, ohne große Schlagkraft.“

Auf alle Fälle bedeutet aber der Sieg der Sozialdemokratie einen klaren Schritt der Wählermassen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, der sie ihre Unzufriedenheit deutlich kundgetan haben. Anders die Wählermassen die Sozialdemokratie zu der parlamentarischen Mehrheit verhalten, geben sie ihr auch den ehrenvollen Auftrag, nunmehr an die gesetzgeberische Arbeit zu gehen und Gesetze auszuarbeiten, die den Klasseninteressen der Arbeiter entsprechen. Der Sieg ist kein Zufallsieg, er ist vielmehr ein Ergebnis der geschicklichen Entwicklung: in den sieben Neuwahlen seit 1907 ist die Macht der Arbeiterklasse beständig gewachsen.“

Das Blatt schließt seine Betrachtungen mit dem Hinweis auf die äußeren Hindernisse der parlamentarischen Arbeit und warnt davor, trotz der Mehrheit Unmögliches zu erwarten oder zu fordern.

Aus Groß-Berlin.

Die hohen Obst- und Gemüsepreise.

In den Nachrichten des Kriegsernährungsamts ist zu lesen:

„Die in der Öffentlichkeit zurzeit viel beklagten, zweifellos hohen Obst- und Gemüsepreise haben ihre Ursache zum nicht geringen Teil in einer monatlich geradezu sinnlosen Namsterei. Größere und kleinere Betriebe decken sich zu hohem Preise mit Gemüsemengen ein und tragen so unbedingt zu Preissteigerungen der salmunisten Art bei, um so mehr, als die normale Obst- und Gemüseernte noch lange nicht voll eingesetzt hat. Leider sind daran auch Militär- und Kommunalbehörden beteiligt, indem sie sich bemühen, schon jetzt ihren Gemüse- bzw. Obstbedarf einzudecken, sehr oft ohne bei der Preisfestsetzung die nötige Vorsicht zu beobachten. Hinzu kommt, daß gewisse Händlerkreise diesen Umstand geschickt zu benutzen wissen, um nun auf ihre Weise dadurch Preispolitik zu treiben, daß sie auf die Erzeuger einwirken, ja nicht zu billig zu verkaufen, sie würden sicher jeden geforderten Preis erhalten. Es muß als in jeder Beziehung ungewöhnlich angesehen werden, jetzt schon seinen Gemüsebedarf für längere Zeit zu decken. Die Obst- und Gemüseernte ist normal, die Gemüseernte zum Teil sehr gut, die eigentliche Ernte hat durchaus noch nicht ihren Höhepunkt erreicht, warum also jetzt die Hast im Einkauf, die unbedingt zu Preissteigerungen führen muß?“

Hafersflocken für kleine Kinder.

Die Stadt Berlin gewährt allen Kindern, welche das zweite Lebensjahr noch nicht überschritten haben, für den Monat August ein Pfund Hafersflocken.

Die zur Empfangnahme berechtigten Vorzugscheine werden von den Volkskommissionen abgegeben, und zwar werden abgesetzt:

- A—G beginnen, am Dienstag, den 22. August 1916,
- H—L beginnen, am Mittwoch, den 23. August 1916,
- M—R beginnen, am Donnerstag, den 24. August 1916,
- S—Z beginnen, am Freitag, den 25. August 1916.

Die Hafersflocken sind in den im Stadtbezirk Berlin gelegenen Apotheken gegen Abgabe der Vorzugscheine erhältlich.

Preise für Käse.

In einer abgehaltenen größeren Versammlung von Vertretern der Käseproduktion und des Käsehandels, die kürzlich im Geschäftshaus der Berliner Handelskammer stattfand, wurde nachstehende Vereinbarung getroffen:

Solange der Herstellerpreis für Tilsiter, Eibinger und ähnliche Hartkäse mit einem Fettgehalt von wenigstens 40 Proz. per Pfund 1,10 M. und solange der Ladenpreis 1,40 M. beträgt, ferner solange der Preis für diesen Käse mit niedrigerem, aber 30 Proz. nicht unterschreitendem Fettgehalt 80 Pf. (Herstellerpreis) und 1,10 M. (Ladenpreis) beträgt, sollen die Preise für Lieferungen an Wiederverkäufer 1,25 M. bzw. 85 Pf. nicht übersteigen. Der Listenpreis darf nicht erhöht werden, wenn die den Gegenstand des Geschäfts bildende Menge das Quantum ganzer Käse erreicht, gleichgültig, ob die Ware ausgepackt oder nicht ausgepackt geliefert wird.

Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut

in Berlin, Potsdamer Straße 75, hat mit Zustimmung des Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers auf Grund des § 2 der Verordnung vom 5. August 1916 über die Verarbeitung von Gemüse bestimmt, daß Sauerkraut bis zum 1. September 1916 noch ohne ihre Genehmigung im Einzelhandel geliefert werden darf. Dadurch ist Vorsorge getroffen, daß in dem Handel mit Sauerkraut keine Störung eintritt. Die Gesellschaft wird bis zum 1. September 1916 die Preise und die näheren Bedingungen für den späteren Absatz von Sauerkraut festsetzen.

Einschränkung des Briefverkehrs nach dem nichtfeindlichen Ausland.

Zur zweckentsprechenden Durchführung der während des Krieges notwendigen militärischen Ueberwachung des Nachrichtenverkehrs mit dem Ausland ist es erforderlich, daß der Briefverkehr der offen aufzufordernden Privatbriefe nach dem nichtfeindlichen Ausland, mit Ausnahme der besetzten Teile Belgiens und Russisch-Polens, gleichviel ob die Briefe in deutscher oder in einer für den Briefverkehr nach dem Ausland geeigneten fremden Sprache abgefaßt sind, nicht über zwei Vogenseiten gemöhnlichen Briefformats (Quart) hinausgeht. Die Briefe dürfen keine Anlagen enthalten, in denen sich Nachrichten befinden, sie müssen ferner in deutscher, ohne weiteres gut lesbare Schrift mit nicht zu engem Zeilenabstand geschrieben sein, auch dürfen keine Schriftzeilen über Schriftzeilen einer anderen Richtung quer hinweglaufen. Bei Geschäftsdokumenten kann, wenn sie im übrigen den vorstehenden Bedingungen entsprechen, der Inhalt den Raum von zwei Vogenseiten überschreiten und die Beifügung von Rechnungen, Preisverzeichnis und dergleichen geschäftlichen Anlagen erfolgen. Zur Verpackung der Briefe nach dem Ausland dürfen nur Umschläge verwendet werden, die aus einer einfachen Papier- oder Stofflage, also ohne Futtereinlage aus Seidenpapier oder anderen Stoffen, hergestellt sind. Bei Briefen, die den angegebenen Anforderungen nicht entsprechen, müssen die Absender damit rechnen, daß sie infolge der Erschwerung des Prüfungsprozesses mit mehrwöchiger Verspätung am Bestimmungsort eintreffen.

Bei dieser Gelegenheit wird besonders darauf hingewiesen, daß der Abfluß der nach dem Ausland gerichteten Briefsendungen sich naturgemäß um so regelmäßiger und pünktlicher gestalten wird, je geringer die Zahl der zu bearbeitenden Sendungen ist. Es ist daher wünschenswert, daß die Zahl der Privatbriefe nach dem nichtfeindlichen Ausland auf das unabwiesbare Bedürfnis beschränkt werde.

Arbeiterbildungsschule. Donnerstag, den 24. August,

abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaale der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, der regelmäßige wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Da vor 50 Jahren, am 23. August 1866, der Friede von Prag abgeschlossen wurde, ist das Thema: Preußen und Oesterreich gewählt worden. Vortragender ist Genosse A. Hofrichter. Eintrittspreis 10 Pf.

Zur Verpackung von Paketen nach Bulgarien können bis auf weiteres außer Post- oder Packsteinwand auch Deltwand, Wachs- oder Leerpapier, Delpapier, Wachsleinwand, Zellulosepapier, Wellpappe oder ähnliche haltbare Stoffe verwendet werden. Unbedingt notwendig ist, daß die Pakete besonders fest verschürzt und verriegelt oder verbleit sind.

Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie!

Die „Wilmsdorfer Zeitung“ renommiert in ihrer Sonntagsnummer, daß sie es sei, auf welche die neuen Erlasse des Charlottenburger und Schöneberger Polizeipräsidenten zurückzuführen wären. Denn sie sagt in einer Sonnabendbetrachtung:

„Es scheint im Zusammenhange hiermit in der Groß-Berliner Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt zu sein, daß die letzten beiden, so viel besprochenen und angefeindeten Erlasse der Polizeipräsidenten von Wilmsdorfer-Schöneberg und Charlottenburg auf einen Artikel der „Wilmsdorfer Zeitung“ zurückzuführen sind, der sich zuerst mit dem nützlichen Kaffeekausstreifen in Wilmsdorfer besetzte. So kam der Stein ins Rollen. Es ist hiermit wohl der Beweis erbracht, daß auch ein Vorortblatt, das mit dem nötigen Ernst seine Aufgaben zu erfüllen gedenkt, ein maßgebender und einflussreicher Stelle gewürdigt wird.“

Ob es richtig ist, daß die genannten Polizeipräsidenten Erlasse der „Wilmsdorfer Zeitung“ zu danken sind, wollen wir nicht unteruchen. Es genügt aber, daß diese Zeitung sich das einbildet und auch noch stolz darauf ist. Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie!

Ein unverbesserlicher Kautions- und Stellenwindler wurde wieder einmal festgenommen. Im 33. Jahre alter Alfred Rothe, der die Strafgerichte schon oft beschäftigt hat, verprügelt durch öffentliche Anzeigen alle möglichen Stellungen, beschränkt sich dann aber darauf, den Bewerbern möglichst hohe Vergütungen abzunehmen. Ueber Stellen verfügt er nie. Vor vier Jahren ging es ihm eines Tages sehr schlecht. Damals gab es in der Lindenstraße einen ungewöhnlichen Zutritt, aber den wir seinerzeit ausführlich berichteten. Rothe hatte wieder einmal eifrig „gearbeitet“. Da erndeten mehrere Betrogene die Wohnung des Schwindlers, überfallen ihn und drängten ihn windelweich, als sie ihr Geld nicht wiederbekamen. Es blieb dem Gauner nichts anderes übrig, als sich unmittelbar in die Hände der Polizei zu fügen. Die schwere Strafe, die er erhielt, besserte ihn aber auch nicht. Nach der Entlassung nahm er seine Verfallenerien wieder auf. Inzwischen scheint ihm aber der Mut gewachsen zu sein. Denn er, der früher Schutz bei der Polizei suchen mußte, bedrohte jetzt in einem Lokal eine Frau mit dem Revolver. Bei dieser Gelegenheit wurde er festgenommen, nachdem man ihn schon länger wieder gesucht hatte.

Ein zwölfjähriger Knabe hat sich in Charlottenburg mit dem Revolver seines Vaters erschossen. Durch vor Schulstraße soll die Ursache des Schrittes sein.

Künstlerische Wettbewerbe der Stadt Berlin.

Der kurz vor dem Kriege ausgeschriebene Wettbewerb für eine städtische Valette wurde auf den Rat des Vorsitzenden des Vereins Berliner Künstler für die Zeit nach dem Kriege verlegt, um den im Felde befindlichen Künstlern die Teilnahme hieran zu ermöglichen.

Die in Aussicht genommenen architektonischen Wettbewerbe sollen jedoch nach dem Beschluß der zuständigen Kommission, welche gestern unter Vorsitz des Geh. Ratsrats Hoffmann tagte, nicht weiter verschoben werden, da nach Beendigung des Krieges eine lebhaftere Bautätigkeit erwartet werden kann. Die Kommission beschloß, der Kunstdeputation vorzuschlagen, schon jetzt für zwei größere zeitgemäße und zehn kleinere Aufgaben Wettbewerbe auszuschreiben.

Wegen Vererbung von Kindern, die zum Einholen ausgeschiedt worden waren, wurde in Reutßau ein 16jähriger Arbeiterbursche festgenommen. Ein Mädchen, das 21 Jahre alt ist und sich auf die Vererbung von Kindern bezieht, wird noch gesucht. Die Eltern tun gut, ihre Kinder vor fremden Personen zu warnen, die sich an sie herandrängen.

Straßenfälle. In der Chauffeestraße 33 in Mariendorf lief am Sonntag der sechsjährige Frey Woldow beim Spielen unmittelbar vor einem aus Berlin kommenden Straßenbahnwagen der Linie 73 auf das Gleis und wurde umgestoßen. Der Junge erlitt einen Bruch des rechten Schließbeins und Quetschungen mehrerer Rippen. Der Verunglückte wurde zunächst zu einem in der Nähe wohnenden Arzt und dann nach der elterlichen Wohnung gebracht. — In der Dorfstraße in Prig fuhr die Fahrerin Kittische auf der eingetragenen Straße mit einem Juge der Linie I gegen einen aus entgegengesetzter Richtung kommenden Zug derelben Linie, wobei die Plattformen beider Triebwagen stark beschädigt wurden. Mehrere Personen klagten über Schmerzen, setzten jedoch ihren Weg fort. Eine Störung entstand nicht.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelbestandsaufnahme in Charlottenburg.

Für die Bestandsaufnahme der wichtigsten Lebensmittel am 1. September 1916 sind in Charlottenburg folgende Bestimmungen getroffen: Die Hausbesitzer haben die bei der Bestandsaufnahme zu verwendenden Anzeigevordrucke am Montag, den 21., und Dienstag, den 22. August, bei den Bezirkskommissionen in Empfang zu nehmen und den in ihrem Hause befindlichen Haushaltungen, Anhalten, Handel- und Gewerbetreibenden bis zum 28. August auszuhändigen. Wer bis zu diesem Tage nicht im Besitze eines Anzeigevordruckes ist, hat sich einen solchen selbst bei der Bezirkskommission, den Polizeibüroen oder im statistischen Amt der Stadt Charlottenburg (Rathaus, Zimmer 181) zu verschaffen. Die Haushaltungsvorstände, Anhaltelieferanten und Gewerbetreibenden haben die ausgefüllten Vordrucke an den Hausbesitzer bzw. Verwalter bis spätestens 2. September abzugeben. Die Abgabe kann auch in verloschtem Zustande erfolgen. Wer bis zu diesem Tage die Vordrucke nicht abgibt, muß die Ablieferung bei der zuständigen Bezirkskommission selbst bewirken. Die Vordrucke sind von den Haushaltungen auf jeden Fall auszufüllen und zu unterschreiben, auch wenn sie keine der erfragten Waren in Gebrauch haben. Die Anzeigepflicht erstreckt sich auf alle erfragten Vorräte, gleichgültig, ob sie den Haushaltungen usw. gehören oder nicht. Der Magistrat ist berechtigt, Vorrats- und Betriebsräume und sonstige Orte, wo Vorräte zu vermerken sind, zu durchsuchen und die Geschäftsaufzeichnungen und Bücher der Anzeigepflichtigen nachzusehen.

Nachmusterung im Kreise Teltow.

Die erneute Musterung der bei früheren Kriegsmusterungen nur garnisonverwendungsfähigen oder arbeitsverwendungsfähigen oder zeitig untauglich oder zeitig garnison- und arbeitsverwendungsfähig erklärten Wehrpflichtigen beginnt im Kreise Teltow am 23. August. Für den Aushebungsbezirk Teltow I findet die Musterung in Steglitz, Schloßparkrestaurant, vom 23. August bis einschließlich 8. September, vorm. 8 1/2 Uhr, und in Lichterfelde-Ost, Restaurant Hennig, vom 9. bis 13. September statt. Für den Aushebungsbezirk Teltow II ist die Nachmusterung in Mariendorf, Restaurant Karlshöhe am Bahnhof Mariendorf, vom 23. August bis einschließlich 4. September und in Grünau, Restaurant Vuchholz, Friedrichstraße 27, vom 25. September bis 12. Oktober. Die hierfür in Betracht kommenden un- und ausgebildeten Landsturmpflichtigen der Jahrgänge 1896 bis 1899, sowie die nur als garnisonverwendungsfähig ausgehobenen Reservisten erhalten vom Bezirkskommando zu den bestimmten Musterungstagen besondere Bestellungsbefehle. Für die Militärpflichtigen, die in den Jahren 1896, 1897, 1898 und früher geboren sind und bei früheren Musterungen wegen zeitiger Untauglichkeit zurückgestellt worden sind, d. h. die die Entscheidung „zeitig untauglich“, „vorläufig zurück“, „weiter zurück“ oder eine gleichbedeutende Entscheidung erhalten haben, sowie die Landsturmpflichtigen des Jahrganges 1907, die bei früheren Musterungen wegen zeitiger Untauglichkeit zurückgestellt worden sind und eine der vorerwähnten Entscheidungen erhalten haben, findet die Nachmusterung an folgenden Tagen statt: Für den Aushebungsbezirk Teltow I in Lichterfelde-Ost, Restaurant Hennig, vom Donnerstag, 14. September bis Freitag, 22. September; für den Aushebungsbezirk Teltow II in Mariendorf, Restaurant Karlshöhe am Bahnhof Mariendorf, vom Dienstag, 5. September bis Montag, 11. September und in Grünau, Restaurant Vuchholz, vom Dienstag, 12. September bis Sonnabend, 23. September.

Wir erlauben in der nächsten Zeit genau die amtlichen Bekanntmachungen zu verfolgen.

Weihensee beteiligt sich nicht an der Milchgemeinschaft.

Die vielfache Irrtümer herrichten in Weihensee zurzeit durch die in der Presse veröffentlichten Bekanntmachungen betreffs der zukünftigen Milchversorgung. Zur Aufklärung diene, daß der Gemeindevorstand es abgelehnt hat, sich an der zukünftigen Milchversorgung Groß-Berlins zu beteiligen, da er glaubt, die Einwohner Weihensees in genügender Weise mit Milch aus der bestehenden Milchzuchtanlage versorgen zu können. Er geht dabei von der Erwägung aus, daß durch die abgeschlossenen Verträge, die zu erfüllen garantiert sein soll, ausreichend Milch vorhanden ist, die teilweise an die Händler abgegeben oder durch Errichtung neuer Verkaufsstellen direkt an die Bevölkerung verkauft wird. Es wäre an der Zeit, daß der Gemeindevorstand seinen Plan möglichst bald bekannt gibt, damit das Publikum und auch die Milchhändler vor unnötigen Anfragen und Irrtümern geschützt werden.

Bezugsbeschränkung für Marmelade.

Nachdem kürzlich schon die Gemeinde Tempelhof den Einlauf von Marmelade beschränkt, ist jetzt die Gemeinde Adlershof diesem Beispiel gefolgt. Dort ist das Quantum pro Person und Woche auf 250 Gramm festgelegt worden, die Abgabe erfolgt nur noch gegen Eintragung in die jeweilig gültige Lebensmittelliste.

Die Abgabe von Süßholz in Wilmersdorf erfolgt nicht, wie in Berlin, auf besondere Süßholzarten, sondern auf Nummer 6 der lila Lebensmittelliste. Anträge auf Zuweisung von Süßholzarten, wie sie dem Wilmersdorfer Magistrat in großer Zahl zugehen, sind also zwecklos, können auch nicht einzeln beantwortet werden. — Dasselbe gilt von den immer noch einlaufenden Anträgen auf Zuweisung von Einmachzucker. Einmachzucker ist nicht mehr vorhanden.

Mitgliederversammlung in Wilmersdorf.

In der Mitgliederversammlung am 16. August wurde bekannt gegeben, daß einige Anhänger des früheren Kreisvorstandes am Ort eine politische Sonderorganisation gebildet haben. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Frage: „Können Genossen, die keiner der Generalkommissionen angeschlossenen Gewerkschaft angehören, Funktionäre der Partei sein?“ Nach mehrstündiger Aussprache wurde die folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt, inwieweit an den Beschaffen der Parteitage und an dem Statut der Groß-Berliner

Wahlvereine festzuhalten. Mit Rücksicht auf die Stellung der Gewerkschaften zum Kriege selbst und zu den Erscheinungen des Bürgerkrieges hält die Versammlung während der Kriegswirren Maßnahmen für zulässig, sofern sonst gegen einen für ein Amt vorgeschlagenen Genossen nichts vorliegt.

Eine Anzahl Genossen verließen nach der Abstimmung demonstrierend die Versammlung.

Die Erziehungswahlen zum Vorstand mußten der vorgezogenen Zeit wegen vertagt werden.

Ferienspiele in Mariendorf Dienstag, Treffpunkt Rathaus um 2 1/2 Uhr.

Soziales.

Wer bezahlt den Nachtportier des Residenztheaters?

Der Nachtportier im Residenztheater hatte sein Gehalt für den Monat Juli — 100 M. — nicht erhalten und beantragte dasselbe durch Klage beim Gewerbegericht vom Direktor Viktor Holländer. Die Forderung des Klägers war unstreitig. Aber darüber, von wem er sein Gehalt zu bekommen habe, waren zwei Theaterdirektoren verschiedener Meinung. Während der Kläger zur Begründung seiner Forderung kein Wort sagen brauchte, erörterten die Direktoren Holländer als Beklagter und Herr Silla (Herbmann Silberberg) als Zeuge in längeren Ausführungen ihr gegenseitiges Vertragsverhältnis, aus dem sich auch die Pflichten gegen den Kläger ergeben sollten. Hiernach liegt die Sache so:

Silla, seit mehreren Jahren Direktor des Residenztheaters, hatte das Theater für die diesjährige Sommerzeit an Holländer verpachtet. Der Vertrag enthält eine Klausel, wonach das Theater, wenn Holländer vor einem bestimmten Termin das Nachwerkverhältnis aufgibt, mit allen Rechten und Pflichten wieder auf den Direktor Holländer übergeht. Während dieser Nachvertrag bestand, trat Silla als Darsteller in Düsseldorf auf. Dort war Holländer, der ihn engagiert hatte, sein Direktor. Im Juli ist Holländer von dem auf das Berliner Residenztheater bezüglichen Nachvertrag zurückgetreten. Das Juligehalt des Nachtportiers hat er in der Meinung nicht bezahlt, diese Verpflichtung sei nun auf Silla übergegangen.

Das Gewerbegericht beurteilte den Beklagten Holländer zur Zahlung des Gehalts, weil dieser in den Monaten Mai und Juni unbestritten der Arbeitgeber des Klägers war und dem Kläger nicht mitgeteilt wurde und er auch sonst nicht erkennen konnte, daß ein Wechsel in der Person des Arbeitgebers eingetreten sei. Etwas Gegenüberstände des Beklagten an den Direktor Silla würden durch dies Urteil nicht berührt.

Der unhöfliche Kellner.

Vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts stand die Frage zur Entscheidung, ob ein Kellner, der wegen Unhöflichkeit gegen einen Gast sofort entlassen wurde, Anspruch auf Schadenerlass hat.

Der Kläger war zehn Tage als Kellner im Café Bauer beschäftigt. Ein Gast, der so sah, daß dem Kellner der Zugang zu seinem Revier erschwert war, wurde vom Kläger erücht, ein wenig Platz zu machen. Der Gast antwortete, der Kellner könne ja einen anderen Weg nehmen, worauf dieser erwiderte: „Ich werde doch Ihre Wegegen keinen Umweg machen.“ Der Gast beschwerte sich beim Geschäftsführer, der den Kellner zur Rede stellte und ihn sofort entließ. Bei dieser Gelegenheit äußerte der Kellner, es tue ihm leid, daß er dem Gast nicht eine rumtergehauen habe. — Der Kellner beanspruchte durch die Klage 10 M. Schadenersatz, weil er im Laufe des Arbeitstages anstatt nach Schluß des Betriebes entlassen worden ist.

Das Gericht erkannte auf Zahlung des geordneten Betrages mit der Begründung: Selbstverständlich müßten die Gäste gegen unhöfliches Verhalten der Kellner geschützt werden. Das Verhalten des Klägers im vorliegenden Falle sei durchaus ungebührlich, aber doch nicht so schwerwiegend gewesen, daß sich die sofortige Entlassung rechtfertige.

Gerichtszeitung.

20 000 Mark Geldstrafe.

Hortgehefte Ueberschreitung der Metallhöchstpreise führten gestern den Inhaber der Messingwerke Albert Laue vor die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I.

Der Angeklagte hat einen ganz erheblichen Umlauf, der sich in Friedenszeiten schon auf drei Millionen Mark belief und im Kriege auf fünf Millionen steigerte. Während dieser Zeit hatte er wiederholt die Höchstpreise für Käufer überschritten, indem er den Händlern höhere Preise als diese dafür zahlte. Der Staatsanwalt beantragte deshalb eine Geldstrafe in Höhe von 80 000 Mark. Das Gericht sah die Sache milder an, weil der Angeklagte nur Verpflichtungen erfüllen wollte, unwillkürlich Verluste und nur 10 000 M. Gewinn aus betreffenden Geschäften gezogen, vor allen Dingen aber nicht den Versuch gemacht habe, die Sachlage zu verdunkeln. Wenn auch deshalb die Sache anders als sonst zu beurteilen wäre, so müßte doch im Hinblick auf den großen Umlauf die Strafe nicht zu niedrig sein und demgemäß sei auf 20 000 Mark Geldstrafe erkannt worden.

Der Preis eines Landhuhns.

Vor dem Ebinger Schöffengericht war die Besitzerin Anna Lützenberger aus Groß-Wilderau (Landkreis Ebing) angeklagt, weil sie auf dem Wochenmarkt Preise gefordert habe, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Marktlage einen übermäßigen Gewinn enthielten. Für zwei angeblich 6 und 8 Pfund schwere lebende Hühner forderte die L. 13 und 15 Mark = 27 Mark. Der Zeuge Agent Karl Fröhlich, der früher Landwirt war, erklärte, daß die Hühner nur ein Gewicht von etwa 4 bezw. 5 1/2 Pfund gehabt hätten, zumal auch nach seiner Erfahrung auf dem Gebiet der Hühnerzucht ein gewöhnliches Landhuhn höchstens 5 bis 6 Pfund schwer wird. Frau L. hat damals die Hühner, als sie sie auf dem Markt nicht los wurde, in einem Hauskatz für 19 M. verkauft. Während der Amtsanwalt eine Geldstrafe von 20 M. beantragte, sprach das Gericht die L. kostenlos frei. Das Gericht hat, so wurde ausgeführt, sich nicht überzeugen können, daß die geforderten Preise übermäßige waren.

Aus aller Welt.

Der Lebensretter ohne Bezugschein.

Ueber das tragikomische Schicksal einer wackeren Lat berichtet das „Kölnische Tageblatt“. Der Kölner Obertierarzt Dr. Meyer, der sich dieser Tage vorübergehend in Königswinter aufhielt, hatte dort Gelegenheit, einen Anaben den Fluten des Rheins zu entreißen. Glücklich brachte er den Kleinen an das Ufer und stellte Verletzungsberichte an, die auch bald von Erfolg gekrönt waren. Nun war der wackerere Obertierarzt gezwungen, sich im nächsten Wäldchensgeschäft mit neuer Unterleibung zu versehen. Ein Oberhemd war für den geforderten Preis zwar zu haben, doch bezüglich eines Unterleibes bedauerte der Geschäftsinhaber, damit nicht dienen zu können, wenn der Käufer nicht auch einen Bezugschein vorweisen könne. Der Lebensretter wies auf seine völlig durchnähte Kleidung, er legitimierte sich, doch der Geschäftsinhaber mußte darauf bestehen, daß er sich strafbar mache, wenn er dieses notwendige Kleidungsstück ohne

Bezugschein verkaufe. Schließlich schickte man zu dem Bürgermeister von Königswinter, der denn auch veranlaßte, daß der Lebensretter sein Unterleinlein ohne Bezugschein erhielt.

Schweres Kleinbahnunglück bei Mansfeld.

Als Sonntagabend der Klotter Mansfeld verlassende Wagen der elektrischen Kleinbahn Strecke Klotter Mansfeld—Mansfeld nebst Anhängerwagen, beide überfüllt, den sehr steilen Mansfelder Schloßberg hinunterfuhren, veranlagte sämtliche Bremsen. Die Wagen drohten den Abgrund hinunterzufallen, als an einer Kurve der Anhängerwagen umstürzte; er wurde durch einen dort stehenden Mast in seinem oberen Teil der Länge nach aufgeschnitten. 22 Personen wurden verletzt, darunter viele sehr schwer. Von den Insassen des ersten Wagens ist niemand verletzt.

Großes Unwetter in Verona.

Bei einem Unwetter in der Provinz Verona wurden dem „Secolo“ zufolge durchschnittlich neunzig Prozent der Weinernte vernichtet.

Zu den Getreideverschiebungen nach Berlin erfahren die „Danz. Neuef. Nachr.“: Wie sich aus den weiteren Ermittlungen ergibt, bleiben die Getreideverschiebungen nicht allein auf Weizen beschränkt, sondern sie betreffen auch nach Poien hinüberzureisen. An den Verschiebungen sind hauptsächlich die Angehörigen der in Berlin verhafteten Leute beteiligt. Die Mähdlen haben sich hauptsächlich dadurch schuldig gemacht, daß sie die sogenannten Regen — das sind die in Friedenszeiten für das Mähdlen üblichen Abgaben, deren Annahme während der Kriegszeit verboten ist — nahmen. Weiter erfolgte besonders in den Mähdlen und Gastwirtschaften das Vermengen des Kornes.

Wasserrohrbruch in Breslau. In der Dblauer Straße zwischen der Poststraße und Neugasse, den Hauptverkehrsstrahlen der inneren Stadt, erfolgte in der Nacht zum Sonnabend ein Wasserrohrbruch. Das Wasser wurde mit solcher Gewalt herausgeschleudert, daß der Asphalt völlig geborsten ist. Granitsteinsplatten der Bürgersteige wurden emporgehoben. Die Schienen der elektrischen Straßenbahn ganz verbogen, die Keller der angrenzenden Häuser voll Wasser. Auch an Läden ist großer Schaden angerichtet.

Fußvergiftung. Aus Sprowtaun wird gemeldet: Nach Genuß selbstgebackener giftiger Pilze starb die Frau des als Bahnmehster zum Heeresdienst bei einem hiesigen Erregtruppenteile entgegengenen Steuersekretärs Wernick aus Reutßau. Wernick selbst ist schwer, aber nicht hoffnungslos krank.

Todesstrafe des französischen Fliegers Brindejone. Einer Havasmeldung zufolge ist der bekannte französische Flieger Brindejone des Mouslinais einem Flugzeugunfall zum Opfer gefallen. — Brindejones hervorragende Leistung war sein Wettbewerb um den Pommeroy-Bokal; er flog damals von dem Flugplatz bei Paris über Waune nach Berlin, von hier nach Warschau, Petersburg, Stockholm, Kopenhagen, Hamburg, Brüssel und zurück nach Paris. Brindejone galt aber nicht nur als berühmter Sportsmann, sondern genoss auch als Techniker hohe Achtung.

Parteiveranstaltungen.

Mariendorf-Mariensfeld. Die Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 23. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Frey, Aurfürstenstr. 44, statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, pünktlich zu erscheinen. Die Mariensfelder Genossen sind hiermit ausdrücklich eingeladen.

Köpenick. Donnerstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Weg, Grünauer Str. 7. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Streitigkeiten am Ort. Wahlen zum Vorstand. Verschiedenes. Alle Mitglieder, die auf dem Boden der Organisation Groß-Berlins stehen, müssen vollzählig erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Abends 8. IV. Hof rechts, Portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen, Preisfrage Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsausgabe beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

A. 9. 10. 1. Die sofortige Entlassung ist aus diesem Grunde nicht zulässig. 2. Das Gehalt ist nicht bis zum 16., sondern bis Ultimo zu verlangen, da bei Handelsangelegenheiten eine vierwöchige Kündigungsfrist immer von Ultimo bis Ultimo erfolgen muß. Das Gehalt ist erst durch Klage beim Kaufmannsgericht einzufordern. — **Potsdam.** Viele Einwendungen bei Gericht können nur durch den Anwalt der Uebernan gemacht werden. — **G. 2. 27. Sch. 141.** Geringer Herzfehler, landsturmpflichtig. — **G. 2. 27.** Beides dient dem Reim als Rohmaterial während seiner Entzündung. — **Frau G.** Auf Räte, die schon über zwei Jahre zurückliegen, können wir jetzt in unserem Blatte nicht gut eingehen. Bei Preisveränderungen wenden Sie sich an die Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin, Poststr. 15. — **G. 2. 22.** Wenn Sie sich an Herrn Dr. Mar Schläger, Tempelhofer, Berliner-Alexander-Str. 70. — **G. 2. 100.** Man läßt frische Eier in einer Lösung von Salzsäure, 1:300, eine halbe Stunde liegen und stellt sie dann in einem Glaskeller auf. — **G. 2. 35.** Durch unsere Buchhandlung, Lindenstr. 3, gehen Einladungen von 90 Pf. — **G. 43.** Königl. Charakter, Unterhausstr. 7, Montag und Freitag 4-7 1/2, Sonntag 9-12 Uhr. — **C. 9. 1.** Berlin. Bureau des Arbeiterarbeiterverbandes, Engelwer 15. So ist die Zahlreichen deselben befinden, wissen wir nicht. — **Knabe 26 und Rosemann 58.** Von einem solchen Inhalt haben wir keine Kenntnis. — **A. 3. 69.** Demartige gibt es überhaupt nicht. — **Zam. 13.** Ich weiß leider nicht bekannt. Vielleicht können Sie sich bei einem Vogelhändler Rat holen. — **A. 6. 100.** Fußbodenwien nicht ersticken und peinliche Keimlichkeit aben. Bei zu großer Ueberhandnahme müssen Sie einen Kammerjäger in Anspruch nehmen. — **A. 6. 65.** Wenn Sie für den Sohn Unterstützung erhalten, so helfen Sie den Antrag auf Zahlung der Röhmung an das Erbschaftsamt des Regiments, zu dem der Sohn eingezogen wurde. — **H. 6. 5. 1.** Sie haben neben der Rente keinen Anspruch auf Grubengebühren. Der Scheid der Behörde ist zurecht. Wegen der amtlichen Todesbescheinigung müssen Sie sich an das Kriegsinstitut wenden. 2. Das wird in der gegenwärtigen Kriegszeit schwer halten; es läme dafür nur England in Betracht. — **Reklam 27. 1.** Geringer Herzfehler, landsturmpflichtig. 2. Die Zahl hat keine Bedeutung, sie ist jedenfalls die Nummer der Vorstellungskarte. — **A. 2. 2. 1.** Beides ist nicht ein krankhafter Zustand, sondern der normale. 2. Selbsttätige Bewegung der Knieelenke. — **H. 35. 1.** Reventleiden, landsturmpflichtig. 2. Das können wir nicht wissen, das liegt bei der Entscheidung der Militärbehörde. — **H. 60. 1.** Die Venenbeschläge sehen können zu. — **A. 2. 4. 1.** Sie müssen Reichstempelgebühren zahlen. — **H. 775. 1. A. 2. 1.** — **H. 2. 51.** Bei diesem Einkommen kann Ihnen die ganze Unterstützung, auch die staatliche, verweigert werden. — **H. 2. 1.** Sie müssen sich zur Unterstützung stellen. — **H. 2. 9. 1.** Die Unterleibverrenne wird Ihnen auch dann gestahlt, wenn Sie Ihren Wohnsitz ändern. 2. Sie erben, da die Ehe kinderlos ist, die Hälfte von dem Nachlaß. 3. Ein Anber. — **A. 8. 35.** Da Sie nicht als dauernd dienstunfähig ausgemerkelt sind, müssen Sie sich jetzt stellen. — **G. 2. 54. 1.** Kein. 2. Wenn es sich um die Vacht einer kleinen Landparzelle handelt, darf eine Erregung während des Krieges nicht eintreten. — **H. 6. 100.** Die Ehe ist zulässig. — **H. Nowawes 50.** Die beiden Joffen bedeuten nicht die Art der Krankheits. Es sind wahrscheinlich die Nummern der Vorstellungskarte. — **H. 21. 24. 1.** Wenn Sie sich an das Ministerium des Innern, Berlin, Unter den Linden 72/73, 2. Etage 150 Mark. Brotaktion wird nicht extra gewährt. 3. Der Ueberführungschein in einen Fonds, der zum Besten der Mannschaft des betreffenden Regiments Verwendung finden soll. — **H. 11. 26. 1.** — **Gesund. 1.** Anspruch auf Krankentage haben Sie vom Beginn der 27. Woche an. 2. Es müssen mindestens 300 Pflichtmarken gestahlt sein. — **H. 25. 25. 1.** Ansprüche an die Krankentage bestehen nur dann, wenn Sie sich freiwillig weiter verpflichtet haben oder wenn die Erkrankung innerhalb drei Wochen nach Auscheidung aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eingetreten ist. 2. Die Frau hat Anspruch auf Unterstützung, wenn die Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Ziemlich kühl und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit öfter wiederholten, meist leichten Regenschauern.